

# Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 45. Jahrgang

AZB 3806 Bönigen / Postcode 1

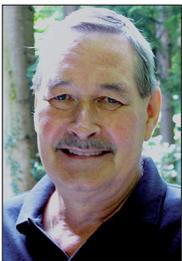
Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 2 2010

**Démocrate**  **Suisse**  
Pages 13–14

## EU-Zuwanderung fördert Arbeitslosigkeit!



Ueli Brasser,  
Gemeinderat,  
SD-Zentral-  
präsident,  
Zürich

Die Arbeitslosenzahlen in der Schweiz sind in den letzten Monaten richtiggehend explodiert. Dennoch geht die Zuwanderung trotz Rezession kaum zurück. Im Gegenteil: 51 000 EU-Ausländer haben im 2009 im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens eine Aufenthaltsbewilligung erhalten, dazu kommen weitere knapp 52 000 Kurzaufenthaltsbewilligungen. Deshalb fordern wir Schweizer Demokraten als einzige Partei den längst fälligen Zuwanderungsstopp und die Kündigung des Abkommens über die Personalfreizügigkeit mit der EU!

POSTCODE

AZB 3806 Bönigen

**über die Personalfreizügigkeit mit der EU!**

Auf dem Arbeitsmarkt verschärft sich die Lage weiter: Im Dezember 2009 stieg die Arbeitslosenquote auf 4,4 Prozent. Und es kommt noch schlimmer! Die Wirtschaftskrise hat den Schweizer Arbeitsmarkt fest im Griff: Ende 2009 waren bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) 172 740 Arbeitslose gemeldet. Das sind 8800

mehr als im November. Die Arbeitslosenquote stieg um 0,2 Prozentpunkte auf 4,4 Prozent. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) prognostiziert für 2010 und 2011 eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 4,9 Prozent. Für die Jugendlichen ist die Lage noch schlimmer! Zudem sind Zehntausende von Arbeitslosen ausgesteuert und leben einzig von der Sozialhilfe. Nicht wenige wurden zu IV-Rentnern gemacht.

### Der Bundesrat schläft

Deshalb muss der unkontrollierten Einwanderung aus den EU-Staaten endlich ein Riegel geschoben werden. Die Arbeitslosigkeit bei Schweizer Arbeitnehmern stieg bereits von September 2008 bis Dezember 2009 um 72%, d.h. von 1,8 auf 3,1%. Die Arbeitslosenquote der deutschen und der portugiesischen Arbeitnehmer in der Schweiz entwickelte sich in derselben Zeit noch negativer (D: um 125%, von 2,0 auf 4,5%; P: um 78%, von 3,7 auf 6,6%)! Obwohl die Arbeitslosigkeit in der Schweiz also seit Monaten massiv ansteigt, hat der Bundesrat auf die Anrufung der Ventilklauseel verzichtet. Damit gibt die Landesregierung ein wichtiges Instrument zur Regulierung der Einwanderung und zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit aus der Hand, da allfällige künftige Kontingente aufgrund der



**STOPP!**  
BITTE KEINE WERBUNG IN  
DIESEN BRIEFKÄSTEN, DANKE.

**Achtung:** Bei dieser Zeitung handelt es sich um eine politische Information. Dies ist der Grund, weshalb sie auch in jene Briefkästen verteilt wird, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Dies ist gesetzlich erlaubt!



**SD**  
Schweizer Demokraten  
patriotisch – umweltbewusst – bürgernah



**Auch er konnte sich zu wenig gegen die Masseneinwanderung wehren – jetzt lebt er im Reservat...**

**...ersparen wir uns dieses Schicksal!**

Einwanderungszahlen der letzten drei Jahre festgelegt werden und ab 2010 nur noch Jahre mit sehr hohen Einwanderungszahlen in diese Berechnung einfließen können.

### Druck auf Schweizer Arbeitnehmer

Die Nichtanwendung der Ventilklauseel zum heutigen Zeitpunkt ist ein Fehler, der zu ernsthaften Problemen auf dem Arbeitsmarkt und bei den Sozialwerken führen wird. Immer mehr Schweizer Arbeitnehmer bekommen den Druck der ausländischen Konkurrenz zu spüren und verlieren ihre

Fortsetzung Seite 2

## Inhalt

- 3 Leben und Umwelt
- 5 Wahlen Uster/Winterthur
- 6 Schweizer Demokraten – der Zeit voraus
- 7 Was am 11. September 2001 wirklich geschah!
- 8 Widerstand statt Resignation
- 9 Marktplatz
- 11 Walter Wobmann in den Zürcher Stadtrat
- 12 Angriff auf SD aus CVP-Ecke
- 15 Der Leser hat das Wort

**EU-Zuwanderung fördert...**

Fortsetzung von Seite 1

**Stelle.** Aber auch die ausländischen Arbeitnehmer, welche ihren Arbeitsplatz verlieren, kehren nicht in ihre Heimatländer zurück, sondern belasten unsere Sozialversicherungen. So beträgt der Ausländeranteil bei den Arbeitslosen bereits heute 44,6 Prozent!

**Schlendrian im Asylwesen**

Auch im Asylbereich besteht dringender Handlungsbedarf: Die neuesten Zahlen des Statistischen

Amtes der EU (Eurostat) zeigen deutlich, dass der seit Anfang 2008 zurückgekehrte Schlendrian im Asylwesen dramatische Folgen hat. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl des jeweiligen Landes haben nur gerade Zypern, Malta und Schweden eine höhere Pro-Kopf-Asylgesuchsrate als die Schweiz. Und bei der Anerkennungsquote steht unser Land gar einsam an der Spitze: Während in der gesamten EU durchschnittlich ein Viertel der Asylgesuche positiv entschieden wird, gewährte die Schweiz drei von vier Gesuchstellern Asyl! (In

Ausländer förmlich. 43,9% aller Sozialhilfeempfänger sind ausländischer Nationalität, während ihr Anteil an der Wohnbevölkerung knapp 21% beträgt. Interessant ist auch die Herkunft der ausländischen Sozialhilfeempfänger. Mehr als ein Drittel der Ausländer mit Sozialhilfe stammt aus europäischen Ländern, die nicht der EU oder EFTA angehören (u. a. Türkei, Albanien, einzelne Staaten aus Ex-Jugoslawien).

Was zudem sämtliche Medien hierzulande verschweigen: **Gemessen an ihrer Anzahl in der Gesamtbevölkerung sind die Bezüger von Sozialhilfe afrikanischer, lateinamerikanischer oder asiatischer**

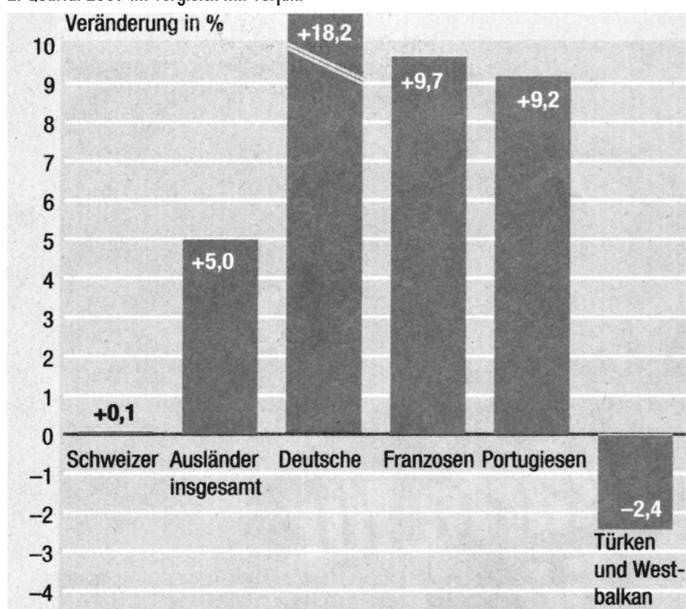
**Nationalität mit Abstand Spitzenreiter!**

Was unsere kosmopolitischen Medien zudem ebenfalls verschweigen: Aus dem aussereuropäischen Kulturraum (Afrika, Asien, Lateinamerika) haben wir es immer mehr mit einer Zuwanderung in unsere Sozialwerke zu tun, während die europäischen Einwanderer immer mehr die einheimischen Arbeitnehmer verdrängten. Diesen unerfreulichen Tatsachen werden wir Schweizer Demokraten nicht weiterhin tatenlos zusehen. Fortsetzung folgt.

**Internetseite des Bundes:**  
[www.personenfreizuegigkeit.admin.ch/fza/de/home.html](http://www.personenfreizuegigkeit.admin.ch/fza/de/home.html)

**Anzahl Erwerbstätige nach Nationalität**

2. Quartal 2009 im Vergleich mit Vorjahr



*In der Schweiz arbeiten viel mehr Deutsche, minim mehr Schweizer und weniger Leute vom Balkan.*

Anzeige

**Das Testament****Die letztwillige Verfügung**

*Liebe Mitglieder, Gömmer und Sympathisanten*

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
[schweizer-demokraten@bluewin.ch](mailto:schweizer-demokraten@bluewin.ch)

Zahlen – EU: 51 960 positive Entscheide bei 193 690 Gesuchen; Schweiz: 8455 positive Entscheide bei 11 175 Gesuchen). Schlecht schneidet unser Land auch bei den pendenten Fällen ab (18. Platz von 22 untersuchten Staaten). Aufgrund dieser lange Zeit verschleppten Verfahren werden Rückschaffungen oft verunmöglicht.

Wir Schweizer Demokraten fordern deshalb den Bundesrat auf, wirksame Massnahmen zu ergreifen, um die markant höheren Asylgesuchszahlen der ersten vier Monate 2009 wieder zu reduzieren (2009: 6139 Gesuche; 2008: 3872 Gesuche) und die Asyl-Anerkennungsquote der Schweiz auf ein vertretbares «EU-Niveau» zu senken.

**Sozialhilfe bei Ausländern: Fass ohne Boden**

Was wir Schweizer Demokraten schon lange wussten, haben wir nun schwarz auf weiss: Gemäss Sozialhilfestatistik des Bundesamtes für Statistik (BFS) explodiert die Ausschüttung der Sozialhilfe an

**Die Schweiz als Selbstbedienungsladen**

AZ 21.1.2010: «Riniker Posträuber zeigten vor Gericht Reue». Mit diesem harmlos tönenden Titel versucht die «Aargauer Zeitung», die Taten von drei brasilianischen Räufern zu verniedlichen. Diese hatten sich offenbar auf Postraub «spezialisiert». In Riniken bei Brugg, in Killwangen (AG) und Riedikon (ZH) überfielen die drei Täter Poststellen, wobei sie einmal Fr. 33 000.– und ein zweites Mal 20 000 Franken Beute machten. Nur in Killwangen misslang ihr Vorhaben.

Wären sie nicht erwischt worden, hätte ihre Raubserie wohl weiter angehalten. Die drei – in der «AZ» «vornehm» als Täter mit brasilianischen Wurzeln benannt – erhielten folgende, lächerliche «Strafen»: Zwei Mal drei Jahre, davon jeweils die Hälfte bedingt, wobei in einem Fall neben Postraub auch noch versuchte Freiheitsberaubung und Entführung hinzuka-

men; der dritte Täter erhielt zwei Jahre bedingt. Dass solche lächerlichen «Strafen» für andere Täter, die sich im «Selbstbedienungsladen Schweiz» ein schönes Leben erhoffen, nicht gerade abschreckend wirken, dürfte wohl jedermann klar sein, nur nicht unserer «Hätschel»-Justiz. Dass sich die drei Männer vor Gericht «reumütig» zeigten und u.a. erklärten, «eigentlich sei nur ein Überfall geplant gewesen und sie hätten nur weitergemacht, weil das Geld ausgegangen sei», war vom Gericht wohl strafmildernd angesehen worden. Auf die Idee, eventuell mal durch Arbeit zu Geld zu kommen, kam ihnen wohl nicht in den Sinn – warum auch, in unseren Gefängnissen lebt man im Vergleich zu Brasilien ja sicher geradezu fürstlich.

**Nur weiter so, Schweizer Politiker und Richter, so wird die Schweiz für Gangster noch attraktiver!**

**Persönlicher Schutz – ein aktuelles Thema!****PROTECT «plus» – Pfeffer-Schutzspray**

- Einfache Handhabung!
- Setzt Angreifer – Mensch o. Tier – sofort ausser Gefecht!
- Klein und handlich – immer dabei!
- Hohe Zielsicherheit dank Kegel-Sprühnebel!
- Schafft wertvolle Zeit, um Hilfe zu holen!

**PROTECT «plus» Ihr persönlicher Leibwächter!****Mehr Sicherheit – jederzeit & überall!****Die Sinnvolle Geschenkidee!****Bestell-Talon**

Anzahl eintragen.

Anzahl eintragen.

Versand gegen Rechnung

**Ja, ich bestelle** Dose(n) à Fr. 19.90 Leder-Etui à Fr. 18.50

mit praktischem Gürtel-Clip

Name:

Vorname:

Adresse:

PLZ / Ort:

Jahrgang:

Unterschrift:

Talon einsenden an: Schweizer Buchdienst, Postfach 8116, 3001 Bern, Fax 031 974 20 11





## Einwanderung und Umweltzerstörung gehen weiter!

Das einwanderungsbedingte Bevölkerungswachstum in der Schweiz geht munter weiter und beschleunigt sich sogar. Im letzten Quartal des Jahres 2009 hat die Zahl der Einwanderer trotz Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich auch in der Schweiz bemerkbar macht, noch zugenommen! Unter solchen Umständen sind die Anstrengungen, die letzten übrig gebliebenen, wenig berührten Naturoasen schützen zu wollen, vergeblich. Frech behaupten die Demagogen jedoch, es gebe keinen Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsdichte und dem Zustand der Umwelt. Stattdessen ergreifen sie im Zusammenhang mit dem Abstimmungsergebnis zur Anti-Minarett-Initiative erneut das

Wort. Sie sprechen wieder von Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass, Rassismus, Rechtsextremismus, Nazitum oder noch Schlimmerem, obschon kaum ein Land der Welt bisher dermassen viele Zuzüger aus dem Ausland aufgenommen hat wie die Schweiz. Ausserdem wird die alte Leier angestimmt: Ohne ausländische Arbeitskräfte ginge in der Schweiz nichts mehr. Dabei hat niemand je von Einwanderungsquote null gesprochen, zumal angesichts der kleinen Geburtenziffer der Einheimischen inklusive die bereits Eingebürgerten! Die Kündigung des Abkommens über einen freien Personenverkehr mit der EU ist absolut dringlich geworden.

**tenüberschuss deutlich.** Die Bevölkerungsdichte in der Schweiz, berechnet aus Einwohnerzahl (Ende 2008: 7,7 Mio.) und Fläche (41'000 km<sup>2</sup>), ergibt gegenwärtig 188 Einwohner pro km<sup>2</sup>. Diejenige von Österreich – ein vergleichbares Gebirgsland – beträgt 99 Einwohner pro km<sup>2</sup>, ist also nur etwas mehr als halb so hoch wie diejenige der Schweiz. **Betrachtet man nur das schweizerische Mittelland, so ergibt sich eine Dichte von 475 Einwohner pro km<sup>2</sup>. Die Schweiz ist damit eines der dichtest bevölkerten Länder nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt!** Gemäss dem neusten Umweltbericht der Bundesämter für Statistik und für Umwelt, nahm die Umweltbelastung in der Schweiz in den letzten Jahren noch zu – und dies trotz anerkannt grosser Anstrengungen. Dies hat einerseits mit der Lebensweise zu tun, aber gleichzeitig mit der gestiegenen

Wirtschaftsleistung und der steigenden Bevölkerungszahl. Diese beunruhigenden Fakten publizierete der Tages-Anzeiger am 4. Juni 2009 unter dem sprechenden Titel **«Mehr Müll, mehr Verkehr, weniger Boden».** Im Folgenden einige Schlüsselaussagen aus dem Umweltbericht Schweiz 2009: «Seit 20 Jahren ist es ungewöhnlich heiss. Der Schweizer legt im Jahr durchschnittlich 15 700 Kilometer zurück. Die Versiegelung der Landschaft nimmt pro Jahr ein Prozent zu. Kein Land ausser Dänemark produziert mehr Siedlungsabfall in Europa. Es wird 23 Prozent mehr Strom verbraucht als 1990. Über eine Million Menschen sind übermässigem Lärm ausgesetzt. Jeder Schweizer produziert im Jahr 720 Kilogramm Abfall. Die Schweiz gehört in Europa zu den Ländern mit der höchsten Autodichte.»

*Ecopop*

## Klimaveränderung in der Schweiz

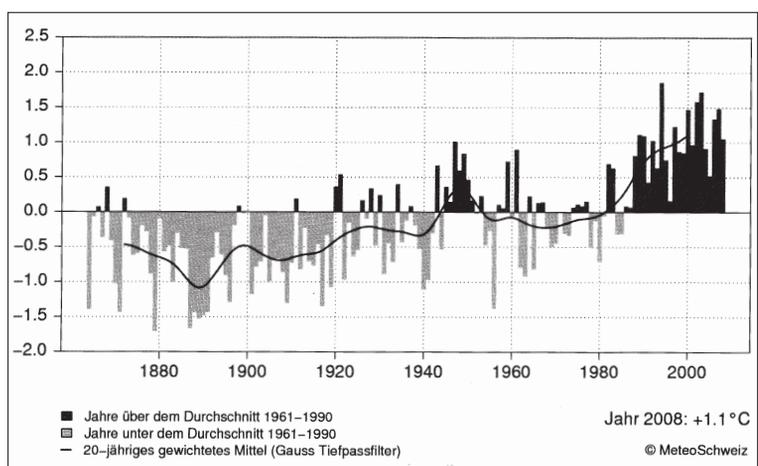
In den letzten Jahrzehnten stiegen die Temperaturen auch in der Schweiz deutlich an. In Zukunft muss man sich sogar noch auf eine Verstärkung dieser Temperaturer-

höhung einstellen, ebenso auf Veränderungen bei den Niederschlägen. Dies wird unter anderem Auswirkungen auf die Zahl und die Stärke von Hochwassern und Hitzetagen haben. Die Raumplanung kann die Folgen dieser Veränderungen mildern: Um etwa Überschwemmungen zu vermeiden, müssen die Wasserläufe angepasst werden. Diese Massnahmen sind zwar teuer und zeitintensiv, aber unverzichtbar. Doch auch in den Städten muss gehandelt werden, indem Freiräume mit Bäumen bepflanzt und Neubauten so konzipiert werden, dass sie Schutz vor den zu erwartenden Hitzewellen bieten.

*Martine Rebetez, Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft, Lausanne*



### Jahrestemperaturen



Im Gegensatz zu diesem Bild mit wenig Verkehr – ist die heutige Realität eine ganz andere!

## Langjährige Bevölkerungsentwicklung der Schweiz

Die Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz unterscheidet sich, über einen längeren Zeitraum betrachtet, kaum vom exponentiellen Bevölkerungswachstum auf der Erde. Seit Beginn des 20. Jahrhun-

derts hat sich die Bevölkerung der Schweiz weit mehr als verdoppelt (+133%): von 3,3 Millionen (1900) auf 7,7 Millionen (2008). **Seit den 80er-Jahren übertrifft der Wanderungszuwachs den Gebur-**

## Umstrittene Alpenkonvention

jhd. Letztes Jahr hat sich der Nationalrat geweigert, auf die Ratifizierung der Alpenkonvention einzutreten. Sein Entscheid ist sachlich nicht nachvollziehbar. Was wird dieser Alpenkonvention nicht alles vorgeworfen: unausgewogen, einseitig, voller Verbote und Auflagen sei sie, bestenfalls für Ideologien gut. Eines vermag sie aber ohne Frage: sie berührt und macht Angst. Wenn es um die nachhaltige Entwicklung geht, fühlen sich alle angesprochen – vom Bergbauern bis zum Mountain-Biker aus der Stadt. Dabei ist dieses 150-seitige Vertragswerk, das die Alpen erhalten und ihre Ressourcen schonend nutzen will, wichtig. Immerhin geht es um rund 60 Prozent des Landes: Hügel, Seen und Täler, schroffe Bergspitzen, vergletscherte Hochgebirgslandschaften. Wer

dort lebt und arbeitet, weiss um den Wert dieser Landschaften. Er kennt aber auch die Probleme, wenn wenig Leute auf einer grossen Fläche gerade mal 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften. Am wichtigsten ist dabei der Tourismus. **Die Gäste kommen gerade wegen der einzigartigen Natur und Landschaft.**

Um den Berggebieten mit ihren Problemen auch nach aussen hin Geltung zu verschaffen, braucht es griffige Regeln, also ein Vertragswerk, das den gesamten Alpenraum zu schützen vermag. Und es braucht die gemeinsame Überzeugung, dass nur eine nachhaltige regionale Entwicklung die Alpen angemessen schützen kann. Genau diese Überzeugung umschreibt die Alpenkonvention mit ihren Protokollen.

## Noch mehr Beton?

Danke für diesen guten Artikel. Wir und viele meiner Bekannten können ihn jederzeit unterschreiben. Leider ist das Thema «Überbevölkerung» bei vielen Umweltorganisationen sowie auch den Grünen (zu denen wir uns zählen) immer noch ein Tabu. Auch in der Schweiz nimmt die Bevölkerung infolge der Einwanderung immer

noch zu. Das bedeutet noch mehr Verbetonierung der Landschaft für Wohnen, Arbeit, Verkehr und Freizeit. Verdichtetes Bauen löst leider nur einen sehr kleinen Teil dieses Problems. Hoffentlich bleiben Sie auch weiterhin an diesem brisanten Thema dran.

*Josy und Rolf Fricker, Leserbrief aus dem Journal Franz Weber*

## «Langhornbiene» Tier des Jahres 2010

Mit ihrem besonderen Pelz und den langen Hörnern fällt die Langhornbiene, das Tier des Jahres 2010, auf unter den Wildbienen. Besonders ist auch ihre spezielle Liebe zur Hummel-Ragwurz: Nur die Langhornbienen sorgen für die Bestäubung dieser Orchideen-Art. Die Pflanze imitiert dabei den Geruch und die Form eines Weibchens und drückt beim vermeintlich amourösen Besuch dem Bienen-Männchen ihre Pollen auf den Kopf.

Mit diesem Paket fliegt das Männchen als «Pollentaxi» weiter und bestäubt ungewollt eine nächste Hummel-Ragwurz. Diese hochspezialisierte Abhängigkeit ist ein eindrückliches Beispiel für die fragilen Wechselwirkungen der Biodiversität.

45 Prozent der 585 in der Schweiz vertretenen Wildbienen stehen auf der Roten Liste der gefährdeten und bedrohten Arten. Die Bestäubung von Pflanzen ist eine unbezahlbare Dienstleistung aller Wild-



bienen. Verschwinden diese fleissigen Summer, verarmt die Vielfalt der Pflanzen und mit ihr die Nahrungsgrundlage für Mensch und Tier. Die Wildbienen brauchen geeignete Lebensräume für die Nahrungssuche und die Fortpflanzung.

*Pro Natura*

## Freilandeier von vernachlässigten Hühnern?



Schlecht gehaltene «Freiland-Hühner»

(Foto VgT)

In der jüngsten Nummer der «VgT-Nachrichten» wird als Schwerpunkt wieder einmal das Thema schlecht gehaltener Hühner behandelt, die dazu dienen sollen, als Verkaufsschlager sogenannte Freiland-Eier zu legen.

Coop und Migros, aber auch KAG-Freiland kommen dabei schlecht weg. **Wichtig ist doch nicht die Bezeichnung, die für die Eier gewählt wird, sondern wie die Hühner, welche die Eier legen, gehalten sind!**

## Erdölmangel rückt näher!

Nach den markanten Kursrückschlägen seit Mitte 2007 sind viele Wind- und Sonnenergieaktien wieder auf den Kauflisten der Banken zu finden. Die Windenergie hat dabei die grösste Bedeutung. Im vergangenen Jahr sind weltweit Anlagen mit einer Leistung von 28 Gigawatt installiert worden. Das entspricht fast **neun mal der Produktion aller schweizerischen AKWs**. Am schnellsten wächst die Photovoltaik. 2008 haben sich die Verkäufe auf 7,3 Gigawatt fast verdoppelt. Die Umsätze wuchsen in den letzten zehn Jahren um über 40 Prozent jährlich. Schneller als

erwartet steuert die Welt nämlich auf den «Peak Oil» zu. Darunter versteht man die maximal mögliche weltweite Ölfördermenge, bevor sie wieder kontinuierlich abnimmt. Ein Insider der Internationalen Energieagentur (IEA) enthüllt, dass die IEA **jahrelang die Reservezahlen geschönt hat**. 2005 sagte die IEA noch voraus, die Ölförderung könne bis 2030 auf 120 Millionen Fass pro Tag gesteigert werden. Heute werden 85 Millionen gefördert. Und innerhalb der Branche wird zunehmend eingeräumt, dass der «Peak Oil» nicht mehr fern ist. *Klartext Energie*

## Beschränkung des Zweitwohnungsbaus

35 Bündner Gemeinden müssen bis Mitte 2013 Vorschriften erlassen, die dem unkontrollierten Zweitwohnungsbaus mit sogenannten kalten Betten Schranken setzen. So sieht es die Kantonsregierung in einer Richtplananpassung vor, wie sie gestern Donnerstag bekannt gab. Der Richtplan muss zwar noch vom Bundesrat genehmigt werden. Für die Gemeinden ist er trotzdem per sofort verbindlich. Vermietete Wohnungen – sogenannte warme Betten – sind von

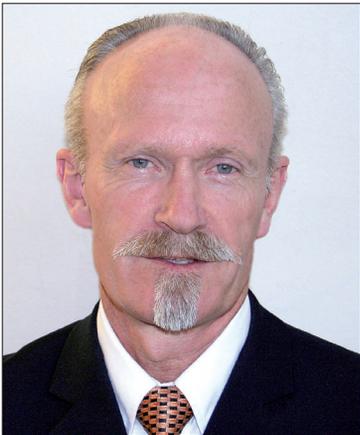
der Limitierung nicht betroffen. Kernstück des Richtplans ist die Begrenzung neuer, unbewirtschafteter Zweitwohnungen in Tourismusgemeinden. In bestehenden Bauzonen wird der Ferienwohnungsbaus auf 30 bis 50 Prozent limitiert. Bei Neueinzonungen dürfen maximal 30 Prozent für Zweitwohnungen genutzt werden. Ursprünglich wollte die Regierung hier gar keine nicht vermieteten Ferienwohnungen mehr zulassen.

*SDA*

**Wahlen Uster:**

## Werner Kessler wieder in den Gemeinderat!

Werner Kessler, SD-Gemeinderat Uster, Bezirksrat-Stv. und Geschworener. Unternehmer, Jg. 1950, im Stadtparlament seit 2002, Kommission Soziales und Gesundheit, SD-Spitzenkandidat für die 3. Amtsperiode.  
werner.kessler@gmx.ch,  
www.stadt-uster.ch



**Selbstportrait**

Als einziger Ustermer Politiker kämpfe ich seit über acht Jahren

gegen ein geplantes Restaurant, besser bekannt als Rostlaube oder Überbleibsel der Expo, das von ein paar Cüplisozialisten im Naturschutzgebiet des Greifensees aufgestellt werden will.

Bis heute konnte ich dieses Vorhaben mit einem eigens gegründeten Verein auch mit rechtlichen Schritten verhindern.

www.schiff-laende-uster.ch mit Filmabruf.

Zusätzlich kämpfe ich als einziger Politiker für die Aufhebung der elf Barrierenübergänge, die Uster zerteilen, und für eine Unterführung im Zentrum von Uster, sowie gegen die Schliessung eines SBB-Überganges der Aussenwacht Werikon. Im Parlament habe ich nach mehreren Anläufen und zwei knappen Volksabstimmungen im Dezember 2009 einen Projektierungskredit von Fr. 470 000.– durchgeboxt – nach dem Motto: «Steter Tropfen höhlt den Stein» oder «Einer gegen alle»!

www.unterfuehrung-uster.ch



**Masslose Bautätigkeit**

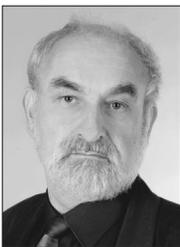
Doch wie sieht es in Winterthur aus? Im Jahre 1983 bestand noch eine unüberbaute Fläche von 667 ha; Ende 2006 waren es nur noch 176 ha. Folglich wurden in diesen 23 Jahren 491 ha überbaut, was pro Jahr 21,6 ha ergibt. Wenn es in diesem Umfang so weitergeht, haben wir genau noch acht Jahre Landreserven, d.h. im Jahr 2015 wird in Winterthur alles verbaut sein. Die Ressource Boden gehört dann der Vergangenheit an. Zurzeit wird masslos gebaut, ohne dass auch die Infrastrukturen bereitgestellt sind.

Im «Landboten» vom 18. Juli ist auf vorderster Seite zu lesen: «...Schuld sei das schnelle Wachstum der Siedlungsgebiete. So werden bei starken Regenfällen grosse Mengen an Abwasser ungefiltert in die Gewässer geleitet...» Treffen-

der könnte die Aussage nicht sein. (Im «Landboten» wurde in dieser Ausgabe vom 18. Juli 2009 von einem Fischsterben durch Gewässerverschmutzung berichtet.) Inwieweit Volksabstimmungen Bestand haben, wenn es ums Bauen geht, zeigt das Beispiel der Überbauung Schenkelwiese in Wülflingen. So verhinderte im Jahr 1985 eine Volksinitiative diese Überbauung. Doch schon knapp 20 Jahre später wurde diese Fläche von 10 470 Quadratmetern für eine «städtebauliche Überbauung» freigegeben. Sogar die Grüne Lilith Hübscher stellte sich hinter dieses Projekt. Bereits diesen Monat werden die Wohnungen zum Verkauf in den Tageszeitungen angeboten. **Eine grüne Oase, unser einstiger Schlittelhang und Festplatz, ist ebenso dem Bauwahn zum Opfer gefallen!**

**Wahlen Winterthur:**

## «Zerstörung der Schweiz!»



Marcel Stutz, Gemeinderat, Winterthur, Spitzenkandidat SD-Liste 10

So lautet die Überschrift in der Wochenzeitung «Die Zeit». «Riesige

**Einkaufszentren, wuchernde Gewerbebezonen, immer neue Häuser und Strassen. Pro Sekunde verschwindet ein Quadratmeter Natur.»** Ist die Schönheit des Landes noch zu retten? – fragt man in dieser Wochenzeitung. Facts: 12 000 Häuser werden schweizweit Jahr für Jahr auf Wiesen und Äcker gestellt. Ein dichtes Netz von Verkehrswegen zerschneidet das Mittelland. Die befahrbaren Schweizer Strassen – würde man sie aneinander hängen – würden dreimal um die Erde reichen. An den Stadträndern machen sich Gewerbe- und Einkaufszonen breit, und die dörflichen Gemeinden haben sich rund um den Kern riesige Speckgürtel aus Einfamilienhäusern angefressen. Das Mittelland ist zu einem der am dichtest besiedelten Gebiete Europas geworden. Auch in Zukunft wird, wenn kein Umdenken stattfindet, die Schweiz jedes Jahr Kulturland von der Fläche des Brienzersees verlieren. Ein Zwerg verhält sich so, als wäre er unermesslich gross. Dieser Kleinstaat, weltweit gepriesen für seine unvergleichbaren landschaftlichen Schönheiten, betont Kulturland seit 50 Jahren zu.

**Wahlen Winterthur**  
Gemeinderatswahlen vom 7. März 2010

- Widerstand führt zum Erfolg
- Resignation endet im Chaos
- Standhaftigkeit entscheidet

Darum nicht die Faust im Sack machen

Wählen Sie :

**Schweizer Demokraten**

Liste 10

Schweizer Demokraten Winterthur  
Sektion Winterthur  
Postfach 2311 - 8400 Winterthur  
PC-Konto 90-796518-5  
www.Schweizer-Demokraten.ch

**SD**  Schweizer Demokraten

Umweltbewusst deshalb gilt: Qualität vor Quantität

**Nicht die Faust im Sack machen...  
...anders wählen!**

Widerstand nützt. Darum wählen immer mehr Zürcherinnen und Zürcher

**Schweizer Demokraten**  **Liste 8**

und **Walter Wobmann** in den Stadtrat!

Schweizer Demokraten, Postfach 9103, 8036 Zürich, PC 80-13787-2

# Schweizer Demokraten – der Zeit voraus!



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, Köniz

Das gelesen – zum Thema: **«Wege aus den ökologisch-ökonomischen Engpässen!»**

Vom 9. bis 11. September 2005 fand in Bregenz eine Konferenz statt zur Behandlung der Frage, wie wir, d.h. die Menschheit, aus den sich immer klarer abzeichnenden Schwierigkeiten ökologischer Natur herausfinden könnten. In den zahlreichen Vorträgen fielen Äusserungen, die uns elektrisierten, da uns diese sehr bekannt vorkamen.

Die Organisatoren Adolf und Inge Schneider betonten zur Eröffnung des Kongresses: *«Die heutige Menschheit steht vor grossen Herausforderungen, wohl den grössten der bisherigen Menschheitsgeschichte. Das Wachstum der Weltbevölkerung und die begrenzten Rohstoffressourcen zwingen uns, nach umweltfreundlichen Alternativen im Energiebereich Ausschau zu halten.»*

Drastisch formulierte Gustav R. Grob, ein Spezialist im Energie-Sektor: *«In den letzten 100 Jahren hat sich die durchschnittliche Temperatur auf der Erde um 0,6 Grad Celsius erhöht. In den kommenden 100 Jahren werden die Menschen durch die unbedrückte Verbrennung fossiler Brennstoffe das Weltklima um bis zu sechs Grad aufgeheizt haben!*

*Klimaforscher greifen längst zur Schilderung dramatischster Szenarien. Die Weltgemeinschaft scheint gerade mal ein Grad von der Klimakatastrophe entfernt. Arten- und Ökosystem-Sterben, Anstieg des Meeresspiegels, Dürrekatastrophen, Trinkwassermangel, Nuklearkriege und andere Schreckensszenen usw. bedrohen unseren Planeten.*

*Die Verbrennungstechnologien markieren seit der Entdeckung des Feuers vor zigtausend Jahren die tragischste Periode der Menschheitsgeschichte. Die schlimmsten Auswüchse dieser Entwicklung waren die «Feuer»-Waffen, der «Verbrennungs»-Motor und die Dampf- und Gasttechnologien von den kohlenbetriebenen Dampfmaschinen bis zu den modernsten*

*Turbinen in Kohle- und Atomkraftwerken.*

*All diesen Technologien ist gemeinsam, dass sie erschöpfliche mineralische Ressourcen sehr ineffizient nutzen, die Luft verpesten, die Erdatmosphäre erwärmen und dadurch die Meeresspiegel ansteigen lassen, durch CO<sub>2</sub> – Emissionen das Klima aus dem Gleichgewicht bringen, die lebenswichtige Sauerstoffkonzentration der Luft reduzieren und die Gesundheit aller Lebewesen bedrohen, ganz abgesehen von den Millionen von Toten durch Feuerwaffen und Explosionen.*

*Der Wahnsinn der Brandrodungen kommt noch hinzu, durch welche die Erdatmosphäre weiter aufgeheizt und unersetzliche Heilpflanzen und seltene Tierarten für immer vernichtet werden.*

*Wie können wir diesem Teufelskreis der Verbrennungstechnologien entrinnen, bevor wir die Biosphäre und damit unsere Lebensgrundlage und schliesslich uns selbst vernichtet haben?*

*Der heutige Elektrizitätsanteil von etwa einem Fünftel des gesamten Energieverbrauches muss und kann drastisch gesteigert werden und soll schlussendlich fast alle Energiesysteme zentral und immer mehr auch dezentral speisen, inklusive der Fahrzeuge.»*

Martina Summenjak, eine slowenische Ökospezialistin, forderte zur Lösung der Krise: *«Unter anderen Massnahmen sind die ökologische Landwirtschaft, die für die Produktion gesunder Ernährung zuständig ist, und die Verwendung erneuerbarer Energien der Startschuss für die stabile Entwicklung einer zukünftigen Zivilisation.»*

Schliesslich sei noch Prof. Dr. Michael Braungart zitiert: *«Die Öko-Effizienz hat sich seit Anfang der neunziger Jahre in Industriekreisen zunehmend etabliert: mit weniger Einsatz mehr erreichen – durch die Verminderung von Schadstoffen die Umwelteinwirkungen reduzieren.*

**Mit fortschreitender Zeit wird jedoch klar, dass Öko-Effizienz den Prozess der Umweltverschmutzung und Rohstoffverknappung verlangsamen, aber auf keinen Fall stoppen kann.**

*Das Prinzip für einen Lösungsansatz lautet: Abfall ist Nahrung. Alle Produkte werden so entwickelt, dass sie entweder als biologische Nährstoffe in biologische Kreisläuf-*



In den kommenden 100 Jahren wird das Weltklima um bis zu sechs Grad aufgeheizt...

*fe zurückgeführt werden können, oder als technische Nährstoffe kontinuierlich in technischen Kreisläufen gehalten werden. «Auf den Kreislauf kommt es an!»*

## Und das gedacht...

Es ist auffällig, dass ausser im Eröffnungsvotum von Adolf und Inge Schneider keiner der zahlreichen Referenten das Thema Bevölkerungsentwicklung angesprochen hat. Und doch ist es so, dass die andauernde **Bevölkerungsvermehrung** in einem kleinen Raum wie der Schweiz und vor allem weltweit mit den steigenden zivilisatorischen Ansprüchen jeglichen Fortschritt der verwendeten Technologien glattweg kompensiert.

Ist es die Angst vor den Hütern der «political correctness», die all den Wissenschaftlern verunmöglicht, über diesen Aspekt der Weltkatastrophe zu reden?

Es ist doch nicht anzunehmen, dass diese intelligenten Leute den Zusammenhang

**Anzahl Menschen x Lebensstandard (= zivilisatorische Ansprüche) x verwendete Technologie = Umweltbelastung** nicht zu erkennen vermögen.

## 30 verlorene Jahre!

Wer sich die Mühe nimmt, die politischen Programme unserer Partei aus den 70er-Jahren zu studieren, stellt fest, dass wir schon damals die richtigen Diagnosen stellten und zukunftssträchtige Vorschläge formulierten. Hier drei Beispiele:

– In der Grundsatzklärung, die am 27. März 1971 von der Delegiertenversammlung einstimmig gutgeheissen wurde, heisst es unter anderem:

**Die weltweite, unkontrollierte Bevölkerungsexplosion geht unablässig weiter; gleichzeitig wird die Biosphäre durch die menschliche Zivilisation täglich mehr belastet.**

**Ökologische Katastrophen mondiales Ausmasses sind in absehbarer Zeit zu erwarten. Durch die heutige Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik wird die Lage für das Schweizervolk zunehmend gefährlicher.**

**Die Nationale Aktion für Volk und Heimat erachtet es als ihre Aufgabe und Pflicht, für eine Änderung der allgemeinen Politik in dem Sinne zu kämpfen, dass unser Volk in seinem engbegrenzten Lebensraum den zu erwartenden Krisen biologischer Natur vorbereitet gehenüberbetreten kann.**

– Unter dem Titel «Sicherung der Freiheit» als Aufgabe der nationalen Marktwirtschaft lesen wir unter dem Untertitel – 1.2 Freiheit der Nation: **Ein übersteigter materieller Lebensstandard ohne eigene Rohstoffe bedeutet eine Bedrohung der nationalen Freiheit. Nicht die weitere Erhöhung des materiellen Lebensstandards muss demnach das erste Ziel schweizerischer Wirtschaftspolitik sein, sondern der bewusste Abbau des Verbrauches an Rohstoffen und Fremdenergie. Durch die Entwicklung neuer Energiegewinnungsverfahren aus dem eigenen Territorium (z.B. Sonne, Erdwärme, Biogas) ist die Energieproduktion bei gleichzeitiger Stabilisierung zu diversifizieren. Zur Sicherung unserer nationalen Freiheit brauchen wir eine starke nationale Wirtschaft. Wir**

*verwechseln eine starke Wirtschaft allerdings nicht mit einer möglichst grossen Wirtschaft. Die Gesamtgrösse des Wirtschaftskörpers ist der einheimischen Bevölkerungsbasis anzupassen und nicht umgekehrt.*

Diese letzte Aussage tönt angesichts verschiedener vom Schweizer Volk angenommenen Vorlagen, (z.B. Personenfreizügigkeit mit der EU) allerdings wie ein Hohn. Trotzdem ist sie richtig!

– Das Wirtschaftsprogramm «Die nationale Marktwirtschaft» wurde am 22.10.1977 an einer a.o. Delegiertenversammlung mit 102 Stimmen ohne Gegenstimmen genehmigt. Aus der Zusammenfassung des Programmes sind die folgenden Aussagen zu beachten: *Die nationale Marktwirtschaft strebt die Stabilisierung des Rohstoff- und Energieverbrauches und die Eindäm-*

*mung der Umweltbelastung durch Schadstoffe und Abfall an. Die entsprechenden Massnahmen sind zu unterstützen durch eine Gesellschaftspolitik, welche die bestehende Industrie- und Konsumgesellschaft mit ihrer materiellen Verschwendungssucht umwandelt in eine nationale Dienst-, Leistungs- und Kulturgemeinschaft, die immaterielle Güter höher einschätzt.*

**Schlussfolgerung: Es ist bedauerlich, ja dramatisch, dass die politischen Erklärungen und Absichten unserer Partei, wie sie vor 30 Jahren gemacht wurden – erst heute durch andere Kreise wieder aufgenommen werden. Viel Zeit ist verloren gegangen – viele Entwicklungen sind falsch gelaufen. Uns bleibt ein Trost: Die Geschichte gibt uns Recht!**

**Kritische Anmerkungen zum Artikel in der Januar-Ausgabe des «Schweizer Demokrat»**

## «Was am 11. September 2001 wirklich geschah!»

Die Rezension des Buches von Johannes Rothkranz mit obigem Titel, verfasst von Theo Häusermann, Historiker und pens. Gymnasiallehrer, schlug einige Wellen im positiven und negativen... Von den wohlmeinenden und unterstützenden Meinungen, deren es mehrere auch gab, sprechen wir nun nicht. Jetzt ist die (aufbauende) Kritik an der Reihe:

Ganz wichtig erscheint der SD-Redaktion, dass im «Schweizer Demokrat» auch Texte mit Meinungen abgedruckt werden, die in andern Presserzeugnissen nie und nimmer Eingang finden. Es gibt leider in der «Demokratie Schweiz» auch Dinge, die absolut tabu sind. Publizieren etwa die grossen Schweizer Tageszeitungen Artikel über die wahren Konsequenzen der übermässigen Einwanderung? Und noch etwas, würden Sie ihre Tageszeitung abbestellen, wenn diese mal einen Artikel bringt (kommt doch häufig vor – oder?), der Ihnen gar nicht zusagt? **Wir bitten um etwas Toleranz!** Unter Patrioten gibt es halt (wie bei der Classe politique) in gewissen Fragen auch sehr unterschiedliche Auffassungen! Auch beim Beitrag «Was am 11. September 2001 wirklich geschah!» war sich die SD-Redaktion nicht ganz einig über den Inhalt des Beitrages. Einig war man sich jedoch darüber, dass es sich um eine **aussergewöhnliche**



Meinung handelt, deren Diskussion wohl erlaubt sein muss...

### Einige ärgerten sich...

Ein vehementer Gegner des erwähnten Artikels (wir respektieren diese Meinung und auch den Mut öffentlich dazu zu stehen!) ist u.a. Arthur Ruh aus Rüti (ZH). Er schrieb und bat uns, doch einige Infos zu diesem Thema zu lesen (Quellen im Anhang erwähnt). So teilte uns Herr Ruh, dessen Argumentation beachtenswert ist, u.a. folgendes mit:

«...ich habe zwar Zweifel, ob es etwas nützen wird. Leute, die von solchen Meinungen (wie Rothkranz und Häusermann, die Red.) überzeugt sind, kann man nur schwer vom Gegenteil überzeugen. Das ist übrigens genau so schwierig, wie bei Leuten, die partout nicht glauben wollen, dass die Amerikaner tatsächlich zum Mond geflogen sind. Dabei gibt es dafür einen einfachen Beweis: Wenn der Funkverkehr mit der Mondfähre nur vorgetäuscht gewesen wäre,

hätten damals zur Zeit des Kalten Krieges die Russen dies sofort entlarvt. Wenn die Funksignale der «Mondfähre» von einem Sender auf der Erde abgestrahlt worden wären, hätte man (z.B. Funkamateure auf der ganzen Welt und insbesondere aber auch die Russen), dies sofort feststellen können. Die Mondflüge seien nur ein Schwindel gewesen, ist aber ebenfalls eine Behauptung, die immer wieder verbreitet wird.

Sie sagen (an die SD-Redaktion gerichtet), wichtig sei doch immer die Diskussion. Wichtig scheint mir aber auch, dass man über elementare Kenntnisse verfügt, bevor man mitredet oder gar ganze Bücher schreibt.

**Mit Ihrer Feststellung (der Redaktion!) «Wir alle müssen lernen, kritisch mit politischen Informationen in den Medien umzugehen, denn immer wieder will man uns ein X für ein U vormachen!» – bin ich jedoch hundertprozentig einverstanden.**

Die in der Rezension des Buches von Johannes Rothkranz zitierte Behauptung «Nun, diese Flugzeuge hätten niemals vermocht, die äusserst soliden Türme zum Einsturz zu bringen», verrät eine tota-



Ground zero

le Ignoranz der tatsächlichen Vorgänge». Hierzu seien folgende technische Artikel/Infos zum Studium empfohlen:

<http://www.civil.usyd.edu.au/wtc.shtml>  
<http://pseudowissenschaft.marcushaas.de/verschwoerungen/911-wtc.html#ref>  
<http://911research.wtc7.netessays/reynolds/>  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Verschwoerungstheorien\\_zum\\_11.\\_September\\_2001](http://de.wikipedia.org/wiki/Verschwoerungstheorien_zum_11._September_2001)

### Schlusswort der Redaktion:

Wir danken für das grosse Interesse an erwähntem Ereignis (mit grossen Auswirkungen!) und erklären die Diskussion rund um den «11. September» als geschlossen.

i.A. der Redaktion:  
Markus Borner

## Islamisierung der Schweiz

### Wir werden vom Islam gefressen

1990 ist das Buch «Der Islam wird uns fressen» (96 Seiten) von Dr. jur. Beat Christoph Baeschlin erschienen. Der Autor musste das Buch im Eigenverlag drucken lassen (!), weil sich keine Druckerei finden liess, die es zu drucken wagte (offenbar übte der Islam in der Schweiz schon damals massive Repression aus).

Heute muss man leider feststellen, dass der Titel des Buches veraltet ist, er musste heissen:

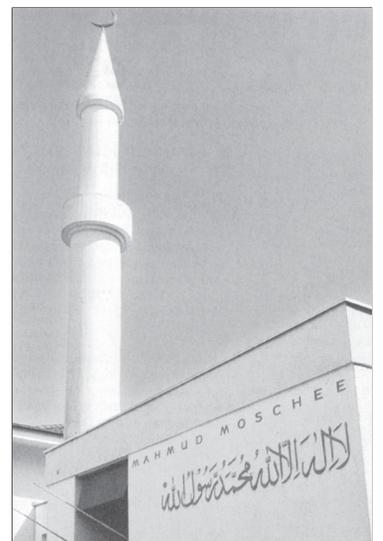
### Der Islam hat uns gefressen

Zum Glück haben sich die Schweizer Stimmberechtigten bei der kürzlichen Abstimmung zur sogenannten Minarettverbots-Initiative für einmal nicht von den massiven Druckversuchen von links und der Classe politique einschüchtern lassen und die Initiative ganz klar mit zirka 58 Prozent Ja angenommen. Selbst der Bundesrat hatte sich einschüchtern lassen (wobei es bei unseren «sackschwachen» heutigen Bundesräten nicht viel braucht, um sie einzuschüchtern). Dass diese Initiative aber auch von unseren Kirchen massiv bekämpft worden ist (Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel), schlägt dem

Fass endgültig den Boden aus. Da muss man sich wirklich nicht wundern, wenn die Kirchen mehr und mehr leer bleiben.

### Das Ausland und speziell die EU zeigten sich empört über den Ausgang

dieser Abstimmung. Wie auch ausländische Reaktionen auf den Ausgang dieser Abstimmung zeigen, hat das Ausland und insbesondere die EU-Diktatur keinen blassen Schimmer von einer echten Demokratie wie der unsrigen, in welcher das Stimmvolk das letzte Wort hat.



# Widerstand statt Resignation!



Christoph Spiess,  
e. Gemeinderat,  
Zürich

Landauf, landab ertönt das Wehklagen von Politikern und Managern über die angebliche «Wirtschaftskrise». Doch wer sich in der Landschaft nur ein wenig umsieht, reibt sich alsbald die Augen: Da sind Baustellen, Krane und Lastwagenkolonnen ohne Ende. Und wo, bitte, ist da die Krise? In der Arbeitslosenstatistik, da ist sie zu erkennen. Oder etwa doch nicht? Die Zahl der Arbeitslosen ist tatsächlich um Zehntausende angestiegen. Doch in derselben Zeit sind zufolge der EU-Freizügigkeit etwa gleich viele Ausländer zugezogen. Das ist die wahre Krise: In vielen Bereichen werden die Einheimischen von Dumpinglohn-Ausländern verdrängt. Trotz «Krise» werden in rasantem Tempo

## die letzten Grüengebiete zubetoniert

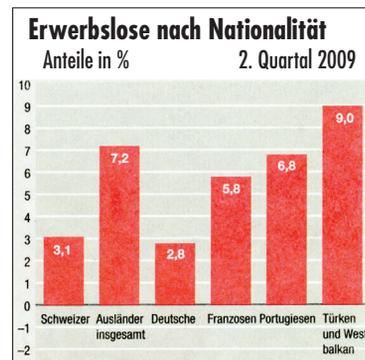
und trotz der irrwitzigen Bauerei bleibt die Wohnungsnot bestehen. Was immer gebaut wird, die Masseneinwanderung sorgt dafür, dass der zusätzliche Wohnraum schon vergeben ist, bevor er fertiggestellt wird. Neben den vielen EU-Freizügigkeitsprofiteuren schleichen ja auf undurchsichtigen Wegen auch Heerscharen von nicht assimilierbaren Exoten aus der Dritten Welt ins Land. Auch diese wollen alle wohnen...

Durch die enorme Bautätigkeit wird die Misère für die einheimischen Mieter nicht gemildert, sondern im Gegenteil, noch verschlimmert. Denn nicht selten werden ganze Siedlungen mit einfachen, aber günstigen, auch für Normalverdiener bezahlbaren Wohnungen abgebrochen und durch Neubauklötze aus Beton und Glas ersetzt. Dort drin hat es

dann zwar mehr Wohnungen, doch diese sind für die bisherige Mieterschaft schlicht unerschwinglich. Bürgerliche Politiker fordern, in der Stadt Zürich die Bauordnung zu lockern, damit man noch dichter und höher bauen könne. Dann gebe es locker Platz für 20 000 zusätzliche Einwohner und deren Arbeitsplätze. Und viele Bürger glauben in ihrer Not diesen Unsinn und fragen nicht nach, wozu denn überhaupt noch mehr Menschen ins überfüllte Zürich gepercht werden sollen. Die Linksparteien traten in den 80er- und 90er-Jahren noch halbwegs für den Schutz von Grünflächen und gegen die übermässige Bautätigkeit ein. Heute stossen sie ins gleiche Horn wie die Betonlobby von rechts. Ein führender Exponent der Alternativen Liste forderte allen Ernstes, man müsse in der Stadt Zürich einfach den Baugenossenschaften «viel mehr Bauland geben», damit sie zusätzliche Wohnungen bauen könnten. Man fragt sich, ob der gute Mann denn die Wälder abholzen oder den Zürichsee zuschütten will – der Rest des Gemeindegebietes ist bis auf winzige Überbleibsel schon jetzt eine Betonwüste! Da gibt es kein «Bauland» mehr, das man irgend jemandem abgeben könnte! Die Politiker von rechts und links scheinen also gleichermaßen

## den Verstand verloren

zu haben. Sie überfüllen zusammen mit einer profitgierigen Cli-



Importierte Arbeitslosigkeit...

que von Managern und «Investoren» unser kleines Land bis zum Platzen mit Kolonisten aus völlig fremden Kulturen. Sie bewirken damit, dass z.B. in den Stadtzürcher Schulen die Kinder aus wirklichen Schweizerfamilien längst in der Minderheit sind, und jammern dann, dass die «Integration» nicht funktioniert. Dabei ist doch völlig logisch, dass die Minderheit nicht in der Lage ist, die Mehrheit der Kolonisatoren aus dem Ausland zu absorbieren. Es sind vielmehr die Eroberer, v.a. jene aus den – zu einem grossen Teil vom Islam geprägten – exotischen Ländern, die uns «Alpenindianer» verdrängen und dem Land, das einmal Heimat der Schweizer war, in Zukunft ihren Stempel aufdrücken werden. Dem international vernetzten Grosskapital ist das nicht nur egal, sondern recht. Ihm ist mit einer identitätslosen, dumpfen Menschenmasse, die man immer gerade dorthin verschieben kann, wo sie den grössten Profit abwirft, bestens gedient. Selbstbewusste Volksgemeinschaften hingegen sind den Kreisen, die z.B. am WEF ein- und ausgehen und hinter Stacheldraht beraten, wie man die Natur und die Menschen noch mehr ausbeuten kann, ein wahrer Greuel!

## Soziale Sicherheit für Schweizer statt Beton fürs Ausland!

Gleichzeitig mit den Zürcher Stadt- und Gemeinderatswahlen stimmen wir auch über die sogenannte «Anpassung des Umwandlungssatzes in den Pensionskassen» ab. Hinter diesem Begriff verbirgt sich eine massive Rentenkürzung, und das will man uns auch noch als «fair» und als «Absicherung der Sozialwerke» verkaufen! Natürlich benötigen wir in der Sozialversicherung mehr Geld, wenn wir alle 90 werden wollen. Aber Geld ist ja nun wirklich nicht das, was in der Schweiz fehlt. Wir haben genug davon, die Landschaft mit sechsspürigen Autobahnen zu verbetonieren, für -zig Milliarden



Masseneinwanderung zwingt zur Verbetonierung von Grünflächen.

Franken neue Alpentunnel zu bauen, die nur dem Ausland dienen, und weitere Milliarden als «Entwicklungshilfe» ins Ausland zu verschenken. Setzen wir doch dieses Geld für unsere Altersvorsorge ein, dann haben wir sichere und gute Renten für alle!

Die herrschende Pseudo-Elite redet uns Schweizerinnen und Schweizern unablässig ein, dass man dies oder jenes einfach tun müsse, weil sonst gleich das grösste Elend über uns hereinbreche. Wer sich nachzufragen getraut, wieso man denn beispielsweise tausende von EU-Vorschriften einfach übernehmen «muss», obwohl wir doch gar nicht zur EU gehören, wird als Depp hingestellt. Wagt man gar zu fragen, wieso wir eigentlich ohne andauerndes «Wachstum» in Armut versinken sollen, ist man schnell ein «Vorgestriger» und ein «Extremist». Dabei sind solche Fragen berechtigt. Globalisierung, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, BVG-Rentenkürzung, Überbevölkerung usw. sind

## keine Naturkatastrophen,

die einfach unabwendbar über uns kommen. Sie werden von Menschen gemacht! Von Menschen, die nur an Geld und Macht denken, und von politischen Handlangern, die ihnen willfährig dienen. Diese Menschen kann man von den Schalthebeln der Macht entfernen, und die von ihnen eingeleiteten Fehlentwicklungen könnte man stoppen. **Ein erster Schritt dazu ist, die Politiker auszuwechseln, bevor sie das Volk ausgewechselt haben.** Darum Schweizer Demokraten wählen – Widerstand nützt!

## Spitzenkandidaten der Zürcher Gemeinderatswahlen vom 7. März



Roger Meuli  
(Kreise 1 und 2)



Walter Wobmann  
(Kreis 3)



Rita Kost  
(Kreise 4 und 5)



Marco Cassin  
(Kreis 6)



Edwin Schnellmann  
(Kreise 7 und 8)



Ueli Brassler  
(Kreis 9, bisher)



Kurt Joss  
(Kreis 10)



Patrick Blöchlinger  
(Kreis 11, bisher)



Christian Wenger  
(Kreis 12, bisher)

## SD-Marktplatz

**Suchen Sie etwas?** (ein Handörgeli oder eine/n Freund/in). **Möchten Sie etwas verkaufen, vermieten, verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie uns Ihr Anliegen mit. Oder schreiben Sie uns per Briefpost/Postkarte; noch besser per E-Mail. Der zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese **Kleininserate** erscheinen max. 2-mal im «Schweizer Demokrat» und sind für die SD-Familie **gratis**. Normalerweise wird im Kleininserat für die Kontaktaufnahme die **Telefonnummer** des/der Auftraggebers/in abgedruckt. Aber andere Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail). Bei ganz persönlichen Dingen ist ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In diesem Fall bitte Ihrer Briefsendung an uns Fr. 10.– (Note) beilegen. Wir leiten dann die eingegangenen Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre Postanschrift nicht vergessen. Volle Diskretion zugesichert!

**Kontaktadresse:** SD-Marktplatz, Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15  
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt möglich auf [www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch)

### Keine Stimmen verschenken!

Wer die Schweizer Demokraten stärken will, legt die **Liste 8 «SD – Schweizer Demokraten» unverändert** ein und stimmt bei den Stadtratswahlen nur für den SD-Kandidaten **Walter Wobmann**.

Mit jedem parteifremden Kandidaten, der auf SD-Listen geschrieben wird, verlieren die Schweizer Demokraten eine Stimme.

**Wichtig:** Bei der brieflichen Stimmabgabe muss der Stimmzettel unterschrieben sein, sonst ist die Stimme ungültig. Ungültig sind auch alle Stimmabgaben mit mehr als einer Liste. Also nur Liste 8 heraustrennen und ins Stimmcouvert legen...

Wir bitten Sie höflich, **auch in Ihrem Umfeld für die Liste 8 zu werben**. Zeigen Sie Farbe und überzeugen Sie Ihre Verwandten, Freunde und Kollegen, auch die Schweizer Demokraten zu wählen! **Jetzt kommt es auf jede Stimme an!**

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

### Wer sucht, der findet!

#### ZU VERMIETEN:

**4 ½-Zimmer Hausteil** zu vermieten im Bezirk Affoltern (ZH). Zu diesem gemütlichen Haus gehören ein grosser Schopf mit Garage und Waschräum mit V-Zug-Maschinen. Im kleinen Schopf sind Werkzeuge für den grossen Garten mit etlichen Obstbäumen und Beerensträuchern. **Was fehlt sind SD-Eltern mit 2 bis 3 Kindern**. Auskunft, wo das Haus genau steht, erhalten Sie über die obenstehende SD-Marktplatz-Adresse; dies auch telefonisch oder per E-mail möglich.

#### ZU VERKAUFEN:

**Schöne Berner Fahne**, ca. 4,5 m lang, für Fassade o.ä. Mit Stange und Ausleger. Gut erhalten. Fotos hievon versende ich gerne per E-mail. Preis Fr. 350.–.  
**E-Mail: [etter\\_adrian@bluewin.ch](mailto:etter_adrian@bluewin.ch)**

**Bio-Knospen Olivenöl und Schweizer Essig** von Waldkirch SG, Region Ostschweiz,  
**Telefon 071 244 72 76** oder [thomas-fischer@bluewin.ch](mailto:thomas-fischer@bluewin.ch)

#### GESUCHT:

Gesucht – günstig oder gratis: **Fotos, Ansichtskarten, Prospekte**, mit Abbildungen von Menschen,

Objekten, Gebäuden, Landschaften usw. für den Abdruck im «Schweizer Demokrat» (Bebildung von Artikeln). Kontaktadresse: SD-Sekretariat, Postfach 8116, 3001 Bern. Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11  
[schweizer-demokraten@bluewin.ch](mailto:schweizer-demokraten@bluewin.ch)

#### ZU VERSCHENKEN:

An Schweizer Familie: **1 Mountainbike** für Herren (schwarz/braun) und ein **Kindervelo** für Mädchen (rot/weiss), ohne Stützräder, neuwertig, Reifen müssen gewechselt werden. Verschiedene **Spielsachen für Kleinkinder**, neuwertig. Erwähnte Sachen müssen in Wabern abgeholt werden.

**Telefon 079 239 47 39**

#### BEKANNTSCHAFTEN:

**Suche zum Aufbau einer Familie eine liebe Frau** (ca. 25–30 Jahre). Ich bin 29 Jahre alt und 1.83 m gross; kurze braun-schwarze Haare. Betriebsangestellter; wohne in Bern. Meine Hobbys: Velofahren, Modelleisenbahn, Politik.  
**Telefon 079 229 25 03**

**Berner Bär mit Bart**, 184/86, 50 plus, NR/NT, sucht nette Schweizerin, 25/50 mit Freude am Reisen in der Schweiz, Camping, Baden, Sauna und Wandern. Bern +100 km. Danke zum Voraus für Ihren Anruf!  
**Telefon 078 814 51 23**

#### REISEN/WANDERN/FREIZEIT:

**Reise- und wanderlustige Frau** sucht Person/en um die Schweiz mit OeV oder/und zu Fuss besser kennenzulernen. Ich bin im Besitze eines GA, Du/Ihr auch? Meldet Euch bitte für eine Reisebesprechung. Start in Basel.  
**Telefon 061 421 74 30**

#### AUSSTELLUNGSHINWEIS:

##### Verdingkinder in der Schweiz

Im 19. und 20. Jahrhundert wurden in der Schweiz hunderte Kinder fremdplatziert und viele davon verdingt. Diese wuchsen nicht bei ihren Eltern auf und mussten für ihren Lebensunterhalt bereits im Kindesalter arbeiten. Die Aktionsgemeinschaft [www.verdingkinder.ch](http://www.verdingkinder.ch) und [www.verdingkinderredenen.ch](http://www.verdingkinderredenen.ch) hat sich zum Ziel gesetzt, dieses noch kaum berücksichtigte Stück Schweizer Geschichte wissenschaftlich aufzuarbeiten. Dies beinhaltet sowohl die Sicht der Betroffenen – der ehemaligen Verdingkinder – als auch die Sicht der Entscheidungsträger – der Behörden und Eltern.

Vom 4. Dezember 2009 bis 28. März 2010 im **Historischen Museum «Barfüsserkirche» in Basel**. Tramhaltestelle Barfüsserplatz. Museum/umgenutzte Kirche, geöffnet von Di – So, 10 – 17 Uhr, Montag geschlossen.

**Info-Telefon: 061 205 86 00**

### Elektronische JSD-Zeitung

<http://www.volkundheimat.ch>

### SD-Facebook-Gruppe

René Kunz-SD-Grossrat AG / Marco Schällmann  
«Tiere sind keine Ware»

### Eidg. Volksinitiative

Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen  
[www.marche-blanche.ch](http://www.marche-blanche.ch), Tel. 022 360 02 43

## Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

 **Bezirk Baden und Umgebung:** Stamm im Hotel «Winklerried», Landstrasse 36, Wetztingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr

**Fricktal:** Stamm im Rest. «Weisses Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr.

 **SD Stadt Bern:** Höck im Rest. «Bahnhof Süd» in Bümpliz-Süd (Restaurant ist unmittelbar beim

Bahnhof). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr.

**Berner Oberland:** Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.

 **Kantonalsektion St. Gallen:** Stamm, jeweils am Donnerstag, 25. Februar und 25. März in einem Saal des Rest. «Dufour» ab 19.30 Uhr (am östlichen Ende des St. Galler Bahnhofs).

 **Luzern-Innerschweiz:** Stamm im Rest. «Listrig» in Emmenbrücke. Jeden 2. Montag im Monat ab 20.00 Uhr.

 **Winterthur und Umgebung:** Höck im Rest. «Blume», Wülflingerstr. 236. Jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr (wenn ein Feiertag, dann eine Woche später).

[jsd-nordwestschweiz.ch](http://jsd-nordwestschweiz.ch)  
Immer am 1. und 3. Montag des

Monats, Stamm ab 20.00 Uhr im Rest. «Rütli», Gerberstr. 2 in Liesetal. Wir sind alles Junge!

[jsd-ostschweiz.ch](http://jsd-ostschweiz.ch)  
Stammtisch, fast jeden Donnerstag (siehe [www.jsd.ostschweiz.ch](http://www.jsd.ostschweiz.ch)) im Rest. «Löwen» in Tobel (TG), ab 20.00 Uhr. Wir sind alles Junge!

Weitere Anlässe bitte melden an: [info@sd-marktplatz.ch](mailto:info@sd-marktplatz.ch)

## Walter Wobmann in den Zürcher Stadtrat!

csz. Walter Wobmann wurde im 1960 in Zürich-Altstetten geboren und wuchs dort und in Effretikon auf. Dort machte er nach der Volksschule eine Berufslehre als Postbeamter. Später arbeitete er bei diversen Firmen im Archiv und als medizinischer Lagerist. Nun ist er schon seit einiger Zeit erwerbslos. Mit 50 Jahren ist es nicht einfach, wieder eine Stelle zu finden. Die Arbeitgeber ziehen jüngere und vor allem billiger arbeitende Ausländer vor. Zehntausende von Schweizerinnen und Schweizern teilen dieses Schicksal mit Walter Wobmann. Ihnen möchte er mit seiner Kandidatur als Schweizer Demokrat für den Zürcher Stadtrat eine Stimme geben. Walter Wobmann lebt getrennt und hat zwei Kinder im Alter von 15 und 20 Jahren.



Walter Wobmann

### Atomkraftgegner, überzeugter Verfechter ökologischer Anliegen

Zu seinem Weg in die Politik schreibt Walter Wobmann:

«Schon während der Schulzeit interessierte ich mich besonders für Geografie, Geschichte und Naturkunde. Als 1976 das AKW-Kaiser-augst besetzt wurde, öffnete mir dies die Augen und weckte mein politisches Bewusstsein. Zuerst engagierte ich mich im Bereich Energie und Umwelt (1. Atominitiative und Burgdorfer Initiative für 12 autofreie Sonntage). Ich nahm auch an Kundgebungen (Pfingstmärsche) gegen die Atomkraftwerke Gösigen und Leibstadt teil. Später stiess ich zu den Grünen und betätigte mich aktiv am politischen Leben. Doch nach der EWR-Abstimmung, bei der die Grünen anfänglich noch zu den Gegnern zählten, entwickelte sich diese Partei immer mehr zu einem interna-

tionalistischen, EU-freundlichen und globalistischen Club. Auch musste ich bald feststellen, dass die Grünen den offensichtlichen Zusammenhang zwischen Übervölkerung und Umweltbelastung nicht begreifen wollen. Diesen Kurs konnte ich nicht mehr mittragen und verliess deshalb im Jahre 1999/2000 die Grüne Partei.

Mein Engagement gegen WTO, EU, Bilaterale Verträge, Schengen/Dublin und Personenfreizügigkeit brachte mich immer näher zu den Schweizer Demokraten, von denen ich schon einige Exponenten kannte. Ebenso engagierte ich mich im Jahre 2007 als einer von zwei Einsprechern in der Stadt Zürich gegen die Freisetzungversuche mit genmanipuliertem Weizen. Mit der Zeit durfte ich feststellen, dass die Schweizer Demokraten die einzige konsequent antiglobalistische Partei sind. So fing ich an, bei den SD-Standaktionen mitzumachen und wurde aktiver Schweizer Demokrat.

### SD: heimatverbunden, umweltbewusst und sozial!

Weil die Schweizer Demokraten die Heimat lieben, setzen sie sich auch für die Eigenständigkeit der Schweiz und für die Erhaltung von Natur und Landschaft ein. Andere Parteien geben sich als patriotisch aus, wollen aber unseren Boden und die einheimische Wirtschaft, inkl. Bahn, Post, Strom und Wasserversorgung, den international operierenden Spekulanten überlassen. Für den Zusammenhalt unseres viersprachigen Landes ist auch der Erhalt der sozialstaatlichen Errungenschaften wichtig, welche die Generationen vor uns hart erkämpfen mussten. Nur so entsteht die nationale Solidarität, die gerade in Zukunft, wenn weltweit die Ressourcen knapp werden, für unser Land immer wichtiger sein wird.

Ebenso am Herzen liegt mir der Erhalt und die Weiterentwicklung

unserer christlich-abendländischer Kultur, die leider immer mehr von nichteuropäischen Kulturen – namentlich vom Islam – unterwandert wird. Das geht schon soweit, dass z.B. Luzerner Politiker solche Fremdkulturen offiziell hier etablieren und den Islam zu einer Landeskirche umfunktionieren wollen. Ähnliche Bestrebungen gibt es auch im Kanton Zürich. Umgekehrt wollen sich die Internationalisten von links und rechts überall in fremde Konflikte einmischen und dabei gar das Leben von Schweizer Soldaten in Auslandesätzen aufs Spiel setzen. Da halten wir Schweizer Demokraten es mit den weisen Aussagen von Nikolaus von Flüe: «Mischet Eu nid i fremdi Händel» und «machtet den Zun nid z'wit!» Von den Medien hochgejubelte Manager lassen sich gern als Erschaffer von Arbeitsplätzen und schon beinahe als Retter der Nation feiern. Dabei geht es ihnen fast immer nur um den eigenen, privaten Profit...»

Neben diesen Überlegungen formuliert SD-Stadtratskandidat Walter Wobmann natürlich

### neue politische Ziele für die Stadt Zürich

«Die Verbetonierung der letzten Grüengebiete am Stadtrand muss gestoppt werden. Dazu braucht es vor allem den längst fälligen Einwanderungsstopp. Die Zürcherinnen und Zürcher selber benötigen nämlich nicht mehr, sondern bezahlbare Wohnungen. Diese werden derzeit in grosser Zahl abgebrochen und durch teure Neubauten ersetzt, statt dass man sie erhält und für uns Einheimische sanft renoviert. Wichtig ist auch die Sicherung von genügend Raum fürs Schweizer Kleingewerbe in den Quartieren. Dieses wird immer mehr von Take-away-Lokalen von Immigranten verdrängt. Aufhören muss ferner die schlechende Umnutzung von Naherholungsräumen durch lärmige Events, wie sie z.B. auf dem Uetliberg zu beobachten ist. Statt weiterer Freisetzungversuche mit genmanipulierten Pflanzen soll im Reckenholz die Forschung auf dem Gebiet des Biolandbaus verstärkt werden.

### Unser Heimatboden ist knapp und nicht vermehrbar

Er darf nicht länger mit übersetzten Mieten dazu missbraucht werden, der arbeitenden Bevölkerung einen möglichst grossen Teil des Lohns gleich wieder aus der Tasche zu ziehen. Darum soll die Stadt kein Land mehr verkaufen, son-



Walter Wobmann will die Schweiz und Zürich nicht den neoliberal-globalistischen Geldhaien überlassen.

dern es höchstens noch im Bau- oder Nutzrecht an Private abgeben. Bei Landverkäufen von privater Seite soll die Stadt ein Vorkaufrecht erhalten, damit die Spekulation und Verteuerung unseres Bodens ein Ende findet.

### Sicherheit stärken, Verkehrschaos beenden

Sehr viele Zürcherinnen und Zürcher, namentlich ältere Menschen, fühlen sich besonders abends auf den Strassen unsicher, und das leider nicht zu Unrecht. Ich möchte darum die Polizeikräfte verstärken und die Nulltoleranz gegenüber Gewalt, Drogenhandel, Vandalen etc. durchsetzen. Der Gemeinderat hat einem SD-Vorstoss für den Abbruch des Schandflecks Sihlhochstrasse zugestimmt. Diese muss jetzt, nach der Eröffnung der Westumfahrung unsere Stadt, möglichst rasch weg!

### Schluss mit der multikulturellen Trümerei!

Der schweizerische Charakter unserer Stadt kann nur bewahrt werden, indem die weitere Zuwanderung gestoppt wird, v.a. auch diejenige aus exotischen Ländern (Neger usw.). Die Zahl der Einbürgerungen ist heute viel zu hoch. Den Schweizerpass darf nur erhalten, wer sich an unsere Kultur angepasst hat und sich mit unserem Land identifiziert. Unser Sozialstaat soll vorab die Bedürfnisse der Schweizerinnen und Schweizer decken und nicht länger ein Selbstdienstladen für einreisende Wohlstandstouristen sein. Bei Wohnungen, Jobs und Ausbildungsplätzen gehört den Einheimischen der Vorrang.

### Echte Kultur und Bildung statt Niederreißen von Werten

Wenn Kulturschaffende konstruktive Gesellschaftskritik üben, ist dagegen nichts einzuwenden. Falsch ist es aber, auch jene nicht nur zu dulden, sondern sogar mit

## Jetzt plappern viele nach

was die Schweizer Demokraten zur Masseneinwanderung schon seit 40 Jahren sagen. Doch immer mehr Zürcher wählen das Original statt schlechte Kopien:

Schweizer Demokraten



Liste **8**

und Walter Wobmann in den Stadtrat!

Schweizer Demokraten, Postfach 9103, 8036 Zürich, PC 80-13787-2

Steuergeldern durchzufüttern, die nur auf ein sinnloses, nihilistisches Niederreißen gesellschaftlicher Werte hinarbeiten. Auch sollte wieder vermehrt unser Volksbrauchstum gefördert werden. Die Schulen sollen klare Wertvorstellungen vermitteln: Christlich-abendländisches Gedankengut, Rechtsstaat, Demokratie! Und der Geschichtsunterricht ist dazu da, bei den jungen Menschen das Verständnis für geschichtliche und politische Zusammenhänge zu wecken und sie zu mündigen Staatsbürgern zu erziehen, die sich ihre Meinung selbst bilden können. Schweizerfeindliche «Antirassismus»-Gehirnwäsche und Ähnliches haben im Schulzimmer nichts verloren.

### Mut zur schweizerischen Erneuerung: SD wählen!

Das bisher herrschende neoliberale, globalistische und nur am Geld orientierte System ist gescheitert! National, regional, dezentral ist wieder Trumpf. Nur so lassen sich die grossen Herausforderungen der Zukunft (Ressourcenknappheit, Klimaveränderung, Übervölkerungsdruck usw.) bewältigen. Wir Schweizer Demokraten wollen eine nationale Wende und nicht ein globales Ende! Dafür will ich mich im Wahlkampf und hoffentlich ab dem nächsten Frühling als Zürcher Stadtrat einsetzen.»

Diesen Worten des Stadtratskandidaten kann die Redaktion nur beifügen: **So ist es! Aber jetzt nicht jammern, sondern mit Liste 8 mehr Schweizer Demokraten und Walter Wobmann in den Stadtrat wählen!**

## Schluss mit dem Post-Abbau!

Die Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen soll wieder ganz in staatliche Hände genommen werden. Nur so ist die demokratische Kontrolle über diesen wichtigen Bereich des öffentlichen Dienstes gewährleistet. Am besten wäre sowieso die Wiedereinführung des jahrzehntlang bewährten PTT-Monopols. Seit dieses aufgehoben wurde, werden die Dienstleistungen der Post immer schlechter. Auch in der Stadt Zürich wurden etliche Postämter geschlossen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis weitere folgen. Jetzt ist sogar davon die Rede, die Post nicht mehr täglich zuzustellen. Was nützt es uns, wenn dafür auch noch die Deutsche Post und unzählige Kurierunternehmen Päckli befördern? **Als Staatsbetrieb muss die Post nicht Gewinn machen, sondern zugunsten der Bevölke-**

## Multikulti ist nicht kulturelle Vielfalt!

Unter Politikern gehört es leider zum guten Ton, die eigenen kulturellen Wurzeln zu verleugnen, die Schweiz schlechtzureden. Stattdessen frönt man dem Multikultifimmel und findet es «modern», wenn durch das Übermass an Einwanderung und Vermischung die einheimische Kultur zugrunde geht. Ein Freiburger «Sozialanthropologe» findet sogar, dass für Muslime in der Schweiz die Scharia gelten dürfe. Dabei vertritt diese offen die Unterdrückung der Frauen und eine blutrünstige Gewaltjustiz mit Steinigungen usw.! Doch wenn unsere Behörden im-

mer mehr kinderreiche Einwanderer aus islamischen Ländern zulassen, werden diese irgendwann grossen Einfluss gewinnen und uns ihr fremdartiges Rechtsverständnis aufzuzwingen versuchen. Viele multikulturelle Träumer hoffen, dass die Einwandererkulturen mit der unsrigen zu einer neuen Kultur verschmelzen. Das Beispiel der USA zeigt aber, dass dies bei einer Masseneinwanderung nicht geschieht. Es entsteht bloss eine gleichgeschaltete, orientierungslose Masse identitätsloser «Neumenschen», deren «Kultur» sich im einheitlichen Konsum von Coca-

Cola und Hamburgern erschöpft. Massvolle Zuwanderung könnte durchaus positiv wirken, indem die Immigranten sich anpassen und nebenbei einige neue Impulse einbringen. Ein Nebeneinander verschiedener Kulturen auf einem Territorium hingegen funktioniert nicht. **Wenn die Einheimischen es nicht mehr schaffen, die Zuwanderer zur Anpassung zu zwingen, geht die einheimische Kultur unter.** Wer das nicht will, wählt Schweizer Demokraten!

Walter Wobmann, Schweizer Demokraten (SD) Kreis 3

## Ja zur Hygiene, Nein zum «Burkini»!

Unter jungen Badegästen ist offenbar ein Trend aufgekommen, unter der Badebekleidung noch andere Wäschestücke zu tragen. Diese Unsitte ist – vollkommen zu recht – schon manchenorts verboten worden. Das Verbot wurde erlassen, weil aus hygienischen Gründen beim Baden keine unnötigen Textilien getragen werden sollten. Dies leuchtet gewiss jedermann ein. Doch gewisse Gruppen von Migrantinnen, welche tagein und tagaus verhüllt umherschleichen, sind der Ansicht, dass für sie in der Schweiz andere Rechte gelten sollten. Insbesondere möchten diese auch verhüllt baden. Dieses Badekostüm nennt sich «Burkini». Ein Verbot für solche Badeverschleierungen muss nur schon aus hygienischer Sicht sofort eingeführt

werden, ist aber auch sonst angebracht. Dass solche «Burkinis» zum Teil sogar in islamischen Ländern verboten sind, zeigt nämlich, dass es sich dabei nur um eine freche Provokation seitens von Zuwanderern handelt. Sie demonstrieren damit, dass sie sich nicht an die hiesigen Sitten und Gebräuche anpassen wollen. Mit Religion



hat dies kaum etwas zu tun, um so mehr aber mit dem immer stärker aufkommenden Süd-Nord-Kolonialismus. Dieser offenbare Missbrauch der Religionsfreiheit ist umso stossender, als es eine solche Freiheit in islamischen Ländern gar nicht gibt.

**Wer ein sauberes und schweizerisch geprägtes Zürich will, wählt deshalb am 7. März die Liste 8, Schweizer Demokraten!**

Patrick Blöchlinger, Gemeinderat SD Kreis 11

## Vorstösse der SD Zürich

csz. Nicht weniger als 59 Vorstösse haben die drei Schweizer Demokraten im Zürcher Gemeinderat eingereicht, seit die Partei vor vier Jahren den Wiedereinzug ins Parlament schaffte. Dabei legten wir das Schwergewicht auf die erste Hälfte der Amtsperiode, damit möglichst bald auch SD-Anliegen im Rat behandelt wurden. Der Zürcher Gemeinderat hat nämlich eine endlose Pendenzenliste, und es dauert nicht selten drei oder vier Jahre, bis ein Vorstoss behandelt wird. So stehen auch viele SD-Postulate noch immer auf der «Warteliste». Wir konnten allerdings auch ein paar positive Erfolge feiern. Der Stadtrat erklärte sich bereit, unser Postulat **gegen übermässige nächtliche Lichtemissionen** entgegenzunehmen. Zwar blockierten bürgerliche Politiker den Vorstoss mit einem Ablehnungsantrag einstweilen, doch der Stadtrat erfüllte ihn trotzdem. Die neue Polizeiverordnung, die demnächst im Rat behandelt wird, enthält einen Artikel 28 (Verbot von Skybeamern und Beschränkung von nächtlichen Lichtemissionen, die Menschen und Tiere stören).

Einen **Grosserfolg** erzielten wir mit einem Postulat für den **Abbruch des Schandflecks Sihlhochstrasse**. Dieses wurde dringlich erklärt und innert weniger Wochen überwiesen. Nun sollte allerdings auch etwas geschehen – wir bleiben dran! Gutgeheissen wurde ferner ein Postulat für die Einführung eines Freifachkurses in rätoromanischer Sprache. Leider erwies sich inzwischen die Nachfrage als zu gering. Das zeugt von einem bedenklichen Verständnis der heutigen Schweizer von «Eidgenossenschaft». Siegreich war Christian Wenger mit seinem Anliegen, **im Letzigrund-Stadion einen Windschutz einzubauen**, damit bei Fussballspielen und anderen Veranstaltungen nicht länger der Biswind durchs Oval pfeift. Überwiesen wurden ausserdem SD-Postulate für ein vielfältiges Bierangebot in städtischen Restaurants und für mehr Örtlichkeiten für politische Standaktionen.

Erfolglos blieben wir erwartungsgemäss mit unseren zahlreichen Versuchen, **Massnahmen gegen**

Fortsetzung Seite 12

**runge ihren gesetzlichen Auftrag zu kostendeckenden Preisen gut erfüllen.** Im Ausland hat die Schweizer Post gar nichts verloren, so wenig wie die Deutsche Post bei uns! Wenn die Schliessung weiterer Postämter ansteht, soll die Stadt Zürich energischen Widerstand leisten. Nötig ist aber auch mehr Solidarität der ganzen Bevölkerung mit den «Pöstlern», z.B. wenn diese einmal zum Streik gezwungen sind! Denn die Löhne der Postangestellten werden gedrückt und dafür der Stress – z.B. mit immer längeren Zustelltouren – ständig erhöht. Diese Werk tätigen, die im öffentlichen Dienst für uns alle tätig sind, haben Anspruch auf anständige Arbeitsbedingungen! Dafür trete ich auch in den nächsten vier Jahren energisch ein.

Christian Wenger, Gemeinderat SD Kreis 12

**Vorstösse SD Zürich**

Fortsetzung von Seite 11

die **Masseneinwanderung** und deren verheerende Folgen in verschiedensten Bereichen (Schule, Sicherheit, Sozialwesen usw.) einzuleiten. **Hierzu ist zu bemerken, dass die SVP zwar in ihrer Wahlpropaganda immer lauthals nach einer griffigen Ausländerpolitik ruft, aber kaum je einen SD-Vorstoss in dieser Richtung unterstützt.** Leider merken das die

Wählerinnen und Wähler nicht, weil die Medien fast alles totschweigen, was von den Schweizer Demokraten kommt. Dagegen helfen nur viel mehr Schweizer Demokraten im Gemeinderat.

**Darum am 7. März an die Urnen und Liste 8 wählen! Schweizer Demokraten: national – umweltbewusst – sozial!**

Die vollständige Liste der SD-Vorstösse finden Sie im Weltnetz unter [www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch) unter Stadt Zürich.

Diskussion um den muslimischen Bevölkerungsteil geführt werden. Für die Schweiz und den Kanton Aargau ist ein solcher Dialog für die Sicherheit und Zukunft von grosser Bedeutung.

Die freiheitlich und direktdemokratisch ausgerichtete Schweiz achtet die Glaubensfreiheit und die Menschenrechte. Zu den Menschenrechten gehört auch das Recht jedes Einzelnen, seine Religion frei zu wählen. Es ist aber nicht akzeptabel, wenn sich Religionen im Namen der Glaubensfreiheit über die Grundrechte unserer Verfassung hinwegsetzen und unsere Freiheitsrechte missbrauchen. Wer auch immer den Islam für fanatische Zwecke missbraucht, verstösst gegen unsere Grundrechte und Verfassung. Viele Muslime sind in die Schweiz eingewandert, um Distanz zum radikalen Islam zu gewinnen. Doch in unserem Land erwartet sie häufig das gleiche Schicksal wie in ihren Herkunftsländern, denn radikale Islamisten versuchen sich wieder für ihre dogmatische Interpretation des islamischen Glaubens zu gewinnen. Es sind auch Bestrebungen im Gange, das islamische Recht vor unsere Rechtsstaatlichkeit zu stellen. Diese Tatsache wird dadurch genährt, dass sich immer mehr Muslime von unserer Kultur abwenden und widersetzen, sich zu integrieren. Durch die fehlende Integration ist es denkbar, dass es in einigen Jahren ethnisch rechtsfreie Räume geben wird, die durch die Zuwanderer – entgegen allen Integrationsversuchen – aufrecht erhalten werden.

giösen Begegnungszentren finanziell unterstützt?

2. Hat der Regierungsrat davon Kenntnis, ob im Kanton Aargau die «Grauen Wölfe» (nationalistische türkische Organisation) und die «Muslimbruderschaft» (islamisch-fundamentalistische Bewegung), als Bewegungen des politischen Islams aktiv sind oder eher im «Untergrund» wirken? Anmerkung: *Die Muslimbruderschaft ist als Organisation derzeit in mehr als 70 Ländern vertreten.*

3. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass islamische Fundamentalisten bewusst gegen die Integration von Muslimen – primär von jungen Musliminnen (Abwendung vom hiesigen Lebensstil und unserer christlich-abendländischen Kultur) – in unsere Wertegesellschaft arbeiten?

4. Wie weit die Toleranz des Islams gegenüber anderen Religionen beurteilt wird, wird unter anderem durch den führenden Islamprediger in Deutschland, Ibrahim Abou-Nagie, wie folgt dargelegt: Er bezeichnet die Kirchen als «Gebetsstätten für Satan». Kann der Regierungsrat bestätigen, dass in Moscheen und Gebetsräumen im Kanton Aargau nur dem islamischen Kult (tolerantes und friedliches Miteinander) gehuldigt, oder auch extremistisches Gedankengut vermittelt wird, welches sich gegen unsere demokratische Grundordnung richtet?

5. Ist der Regierungsrat auch der Ansicht, dass man die Augen von den Tendenzen zu Parallelgesellschaften nicht verschliessen darf und voneinander isolierten Bevölkerungsgruppen den Integrationsbestrebungen nicht förderlich sind?

6. Wie wird der Regierungsrat entscheiden, wenn eines Tages Forderungen laut werden, für muslimische Kinder und Jugendliche spezielle Gebetsräume in Schulen bereit zu stellen – gar noch nach Geschlechtern getrennt?

bar nicht realisiert, dass die SD in keiner grossrätlichen Kommission dabei sind und also nicht wissen, was dort besprochen wird. In den Kommissionen findet aber ein wesentlicher Teil des politischen Lebens des Kantons Aargau statt. Dies ist ein Hauptgrund, weshalb die beiden Grossräte der SD sich relativ oft zu Wort melden, denn wir müssen nicht selten zu Traktanden Stellung nehmen, welche die andern GR aus den Besprechungen in Kommissionen bereits kennen.

Unser GR-Präsident Herbert Scholl hat in seiner Antrittsrede die Ratsmitglieder sinngemäss dazu aufgefordert, ihren Wählerauftrag ernst zu nehmen und aktiv am Ratsbetrieb teilzunehmen zum Wohle des Kantons und unserer Wähler und Mitbürger. Diesen Auftrag nehmen die Grossräte der SD ernst und handeln auch danach.

Zum Schluss möchte ich erwähnen, dass die Wählerinnen und Wähler es sicher schätzen, wenn die von ihnen gewählten Parlamentarier aktiv mitgestalten, als dass sie sich vier Jahre lang damit begnügen, den grünen oder roten Abstimmungsknopf zu drücken, ihr tägliches Sitzungsgeld von 300 Franken plus Reise- und Verpflegungsspesen zu kassieren und sonst nur durch ihr Schweigen auffallen.»

**Kanton Aargau****Angriff auf SD aus der CVP-Ecke**

In der «AZ» vom 8.1.2010 hat der CVP-Grossrat Peter Voser in der Rubrik «Meine Meinung» sich bemüsst gefühlt, die SD anzugreifen. Er regte sich darüber auf, dass die Schweizer Demokraten im Grossen Rat sehr viele Vorstösse lancieren. Stark gekürzt sagte er im Wesentlichen Folgendes: Er zählte zunächst auf, wie viele Vorstösse diverse Parteien eingereicht haben und kam auf folgendes (gerafftes) Resultat: Während die meisten Parteien/Fraktionen ungefähr einen halben Vorstoss pro GR-Mitglied eingereicht haben, waren es bei den SD deren acht. Sein Angriff zielte im Speziellen persönlich auf den Schreibenden, indem er wörtlich sagte: «Vor allem Dragan Najman aus Baden kennt keine Grenzen» (Zitatende) und führte weiter aus, dass er «die politischen Rechte und die Demokratie «völlig strapazierte und ausnutzte» (!!!). Ich habe deshalb an der GR-Sitzung vom 12.1.2010 folgende Persönliche Erklärung abgegeben:

«Peter Voser, CVP, hat im erwähnten Artikel minutiös aufgelistet, welche Partei wieviele Vorstösse eingereicht hat und dabei vor allem die Schweizer Demokraten und speziell mich persönlich angegriffen. Das kann ich nicht so stehen lassen. Peter Voser hat offen-

**Grosser Rat Aargau**

**Interpellation René Kunz, Reinach, vom 12. Januar 2010 betreffend Diskussion um Muslime und Integration nach der Volksabstimmung gegen den Bau von Minaretten.**

**Text und Begründung**

Am 29. November 2009 hat das Aargauer Stimmvolk der Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» mit 128 964 Ja gegenüber

72 583 Nein deutlich zugestimmt. Dieses klare Abstimmungsergebnis durch den Aargauer Souverän muss auch so gedeutet werden, dass berechtigte Ängste wegen der zunehmenden Islamisierung vorhanden sind. Wenn namhafte Mitglieder von islamischen Organisationen grosse Sympathien für die Einführung der Scharia (islamisches Gesetz) zeigen, muss auch im Kanton Aargau eine öffentliche

**Vorrang für Schweizer**

**Überall auf der Welt ist selbstverständlich, dass die Einheimischen zuerst Arbeit und Wohnungen bekommen. Nur unsere Regierung stoppt trotz Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot die Masseneinwanderung nicht. So wird es für Schweizer Arbeitnehmer und Mieter immer enger. Das wollen wir ändern! Darum wählen jetzt immer mehr Zürcherinnen und Zürcher:**

**Schweizer Demokraten**Liste **8****und Walter Wobmann in den Stadtrat!**

Schweizer Demokraten, Postfach 9103, 8036 Zürich, PC 80-13787-2



## Peut-on lutter contre la famine mondiale?

Le reportage présenté par la télévision hier soir concernant ce fléau qui fait frissonner les lecteurs de la Bible, rappelle les récits monstrueux de science fiction sur la guerre des mondes ou la fin des temps. Chacun sait et les responsables mieux que les autres, que l'on va dans le mur sans espoir de retour, et que des milliards d'êtres humains et animaux vont mourir faute d'eau et de nourriture. Ce qui est fascinant, c'est la précision avec laquelle des experts de tous bords conçoivent cette catastrophe, l'explique scientifiquement et calculent même le nombre de morts qui atteindra autant de milliards d'individus que ceux qui vivent actuellement sur Terre. Mais le comble, ce sont les commentaires qui accompagnent ces prévisions: «Nous avons des réserves de grains pour 17 jours, mais il en faudrait pour 6 mois. Or la population augmentera encore, diminuant la capacité de nourrir tout le monde.» Ce qui est époustoufflant, c'est l'indifférence féroce qu'ont les gouvernements

vis-à-vis de ce problème programmé grâce à la sécheresse qui ravage de plus en plus de bonne terre, du bétonnage par dessus la déforestation à raison d'un m<sup>2</sup>/sec (en Chine 3 m<sup>2</sup>/sec) et du réchauffement climatique inondant des morceaux d'îles et de continents. Pourtant il y a un remède à ces maux prévisibles. LE CONTRÔLE DES NAISSANCES. Qui pollue l'eau, qui détruit le sol, qui scie les arbres, qui empoisonne les champs, qui produit des déchets nucléaires, qui entasse des ordures partout, qui gaspille, qui pose des mines antipersonnel, qui répand des virus et des microbes mortels, qui ravage le sous-sol de la planète, qui vide les océans, qui construit des immeubles monstrueux, qui fabrique tellement d'engins nécessitant les minerais les plus divers, et qui vole la nourriture aux habitants pour en faire de l'éthanol? Dans le même temps, pourquoi des femmes mettent au monde 6 à 8 enfants dans des pays surpeuplés? Pourquoi des présidents refusent-ils l'euthanasie



aux handicapés irrémédiablement perdus? Pourquoi permet-on des usines maritimes, des OGM agricoles et la vivisection inutilement cruelle et inutile? Les Chinois ont montré la voie en n'admettant qu'un enfant par couple, mais n'est-ce pas déjà trop tard? Alors que les Européens essaient tant bien que mal de contrôler les naissances par l'IVG, le continent indien, l'Afrique noire et certains pays asiatiques, plus le Vatican en

tête, prônent les familles nombreuses, les grossesses dues au viol incluses, le sauvetage à tout prix d'enfants handicapés et qui va interdire la polygamie qui permet à un homme d'être 50 fois père, ou d'être un pédophile par mariage d'enfants non pubères. Les hommes prennent modèle sur les animaux, les oiseaux, les insectes pour développer des moyens pratiques et naturels de réussite, mais ils ne suivent pas leurs mœurs de survie qui consistent à laisser mourir des jeunes non viables, des oisillons boiteux, des bébés aveugles, ou des petits sans cervelle et à moitié fous. La solution pour une humanité régulée, saine et ayant suffisamment à boire et à manger se résume à ne pas surcharger le garde-manger universel, à ne pas entasser des êtres vivants quels qu'ils soient dans des endroits confinés et étroits, à calmer le bruit qui rend dingue, à économiser et à se contenter du minimum, dans le respect de la nature.

Maria de Seimners

## Le mot impossible n'existe pas

Ceci en rapport avec l'incapacité de nos autorités à juguler la voyoucratie dans les rues de Genève, et le désespoir des habitants de certains quartiers qu'il devient difficile d'entendre et de voir, parce que ce sont toujours les mêmes victimes de cette chienlit traversant nos frontières qui n'existent plus.

Au lieu de s'arracher les cheveux en disant qu'il est impossible de garder en prison, de renvoyer chez eux, ou d'encaisser des jours amende pour ces délinquants souvent récidivistes, pourquoi ne pas organiser un concours d'idées qui donnerait des solutions? On fait des concours télévisés sur n'importe quoi, les grands magasins offrent des primes pour d'originales propositions de vente, et les journaux ne sont pas en reste pour distribuer des abonnements aux meilleures photos ou autres réalisations pratiques.

Je propose les solutions suivantes pour stopper les auteurs de vols, d'incendie, de déprédations, de

tags, d'arnaques de tous genres, de griveleries et même de dégradation du domaine public:

Suivant la gravité de leurs actes: les passer sous une douche de peinture indélébile de la tête aux pieds, verte, rouge ou noire. Leur greffer des oreilles d'âne ou d'extra terrestre, leur implanter une queue amovible comme les bracelets de prisonniers.

Ces voyous ne sont ni tués, ni enfermés, ni torturés, mais seraient, comme au Moyen Âge, obligés de se promener avec une pancarte autour du cou, cette marque d'infamie moderne étant devenue la couleur des succubes ou des incubes rejetés par leurs amis et parents. Pour le côté pratique, je laisse aux spécialistes le procédé le plus approprié.

A qui le tour? Qui a une meilleure idée? Encore faudra-t-il que nos édiles jouent le jeu et ne baissent pas les bras!

M. de M.

(Nom connu de la rédaction)

## Qui dit mieux?

Quel est le cerveau dérangé qui propose de tels changements de patronymes, conduisant au plus grand chaos mondial connu lorsqu'il s'agira de la recherche généalogique de nos ancêtres, donc de nos véritables origines.

Evidemment, cette question de filiation pour certains fanatiques est primordiale, surtout concernant les héritages, les titres nobiliaires et certaines responsabilités morales. Mais pour la nouvelle génération des multiculturalistes, des prométis et des disciples du melting pot universel, cette proposition de laisser le choix du patronyme de la mère ou du père, cette tendance à l'adoption par des homosexuels ou des lesbiennes, ces familles recomposées et ces polygamies se multipliant dans certaines régions occidentales aux mœurs décadentes, le choix du nom est un atout empêchant de remonter une filière souvent dérangeante. Ma question est alors la suivante: A qui profite le crime? Déjà aujourd'hui malgré les garde-fous juridiques les successi-

ons sont des casses-têtes chinois, certains procès durant des dizaines d'années après le décès d'un parent proche, que sera-ce lorsqu'il deviendra impossible de déceler les vrais héritiers des colatéraux? Ce qui est paradoxal, c'est ce malin plaisir de soulever ce lièvre en plein krach financier plus important qu'un patronyme. Est-ce une ruse pour que cet arbre tordu cache la forêt pourrissante qui s'étend derrière lui? On dirait que ces forces occultes qui déstabilisent nos destins, s'amuse à compliquer l'atmosphère ambiante pour nous obliger à regarder ailleurs afin qu'elles puissent parfaire leurs sales besognes. Alors, s.v.p. ne suivez pas ces élucubrations ridicules. Ne laissez pas aux êtres humains libidineux procréer des enfants qui ne sauront jamais qui ils sont vraiment. Une loi stricte devrait poser les limites à ces propositions échevelées qui sèmeront la pagaille dans le dernier bastion de nos racines historiques.

Charlotte Morel

**Canton de Genève****Nouveaux contes modernes**

En ces temps modernes de réadaptation généralisée sur tous les plans de la vie, j'ai la chance de n'être plus toute jeune, d'avoir de l'arthrite handicapante, et d'habiter depuis bientôt 40 ans en dehors de Genève, ce qui m'oblige à me déplacer en taxi, évitant de ce fait les transports publics et autres rencontres bizarres dans les rues de la ville. Par contre, quelques amies désespérées, me racontent leurs déboires, leurs rencontres et leur stupéfaction d'habiter dans des quartiers qui, peu à peu, changent d'aspect, d'odeurs et de propreté. L'une d'elle entend des bruits très matinaux de pas feutrés qui descendent les escaliers en catimini, et elle aperçoit des ombres qui s'enfuient dans la nuit. Deux appartements de son immeuble sont occupés par des locataires africains célibataires qui accueillent nuitamment des dizaines de copains sans domicile fixe et sans papier. Une autre amie qui attendait le bus en ville, entendit trois Brésiliens rire à gorge déployée en se tapant dans le dos. Le plus grand expliquait aux deux autres comment ne pas travailler lorsqu'on est envoyé sur d'autres chantiers, loin d'un contre maître. Je vous laisse le soin d'en tirer vos propres conclusions. Les cas sont pires et récurrents concernant les femmes de ménage sud américaines. Il y a un réseau très bien organisé qui relève les petites annonces, puis téléphonent aux intéressés de baby sitting, ménage ou repassage, prennent rendez-vous et envoient une ressortissante boli-

viennne, chilienne, vénézuélienne ou péruvienne à l'adresse indiquée. La personne travaille deux ou trois jours, tombe malade, et envoie une remplaçante. Celle-ci prétexte immédiatement lorsque l'employeur lui fait remarquer qu'elle n'a pas nettoyé les sanitaires ou balayé la chambre des enfants, que ses tâches se résument seulement à la garde des enfants, le ménage étant l'apanage de sa compatriote. Cerises sur le gâteau, sont les étrangers qui viennent en Suisse avec un visa de trois mois et un billet d'avion aller/retour. Naturellement il n'y a presque jamais de retour, le quidam vendant à perte son billet d'avion non utilisé, et lui vient augmenter le nombre de sans-papiers et de mendiants qui encombrant nos rues.

Ne sont-elles pas belles ces histoires et contes modernes? La vie des habitants confrontés aux incongruités journalières qui sont légions ici, doivent avoir les nerfs solides pour faire face à longueur d'année aux abus de langage, aux remarques désobligeantes, aux comportements incompatibles avec la bienséance et aux arnaques répétées d'individus issus de civilisations avides d'obtenir les biens d'autrui gratuitement.

Oh! que je suis contente d'être clouée chez moi, loin de la ville, Genève en l'occurrence. Bonne année si faire se peut aux prétérités de mon canton.

*B. B., Genève  
(Nom connu de la rédaction)*

**La police nous respecte, respectons la police!****666 900 heures supplémentaires à la police genevoise!****Soutenons la police et non les criminels!**

Ce jour le Mouvement Citoyens Genevois a déposé un projet de loi (voir annexe) pour payer les heures supplémentaires du corps de police et des gardiens de prison. L'ajout, l'urgence et la discussion immédiate de ce projet de loi seront requises par le MCG demain 3 décembre lors de la séance plénière du Grand Conseil! Avant l'élection au Conseil d'Etat, la droite genevoise, qui se fait appeler l'entente, nous a promis plus

de sécurité. Les électeurs l'ont suivie sur la base de ces grandes promesses. Vient maintenant l'heure de vérité. Les rêves radicaux-libéraux-démocrates-chrétiens ne doivent pas finir en cauchemar. Le MCG réclame des comptes, exige des actes. Nous venons de déposer un projet de loi réclamant un paiement des heures supplémentaires des policiers et des gardiens de prisons. Nous demandons que la police genevoise soit enfin respectée et mieux défendue que les voyous qui font la loi dans nos rues comme ce

fut le cas pour la manif anti-OMC. Le MCG réclame le respect de la parole donnée. Ainsi, les heures supplémentaires du Corps de Police et des Gardiens de Prison doivent être enfin payées.

Selon le Secrétaire général du Département des Institutions (lire le projet de loi ci-joint), une somme de 43,35 millions de francs est provisionnée. Il suffit donc de payer leur dû à des fonctionnaires qui exercent un travail difficile afin que notre État de droit démocratique soit respecté. Le respect est mutuel.

Certains préfèrent protéger les voyous et les profiteurs, au lieu de donner à la police son dû, c'est-à-dire un salaire honorablement gagné. Ceux qui critiquent la police sont les premiers à recevoir des revenus reçus dans des conditions contestables. Tout le monde ne gagne pas 25 000 francs pour deux heures d'enseignement annuel. Si la situation s'est dégradée à Ge-

nève au niveau sécurité, c'est aussi en raison du manque de confiance envers notre Corps de Police, créé par la campagne de dénigrement de certains autant à gauche qu'à droite. Le MCG propose à la fois une proposition de justice, afin de respecter la parole donnée, et d'encouragement à ceux qui se retrouvent en première ligne sur le terrain de l'insécurité. Les sièges éjectables au DI sont actifs : Y-A-T-IL DES AMATEURS?

*Eric Stauffer, président du  
Mouvement Citoyens Genevois*

**Non à la révision de la loi sur la prévoyance professionnelle****Non à la baisse des rentes!****Démocrates Suisses,  
Case postale 8116, 3001 Berne****Kanton Bern****Skandalöse Ablehnung****der Volksinitiative «für eine sichere Stadt Bern» durch den Berner Stadtrat**

Sichtlich enttäuscht, aber nur wenig verwundert sind die Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Bern mit dem Negativentscheid des Stadtrats betreffend der von der FDP lancierten Sicherheitsinitiative. Besonders befremdend war dabei das eigenwillige Stimmverhalten gewisser bürgerlicher Vertreter, sodass alte Erinnerungen an die damalige Vereitelung des flächendeckenden Bettelverbots wach wurden. Der vom Gemeinderat vorgelegte direkte Gegenvorschlag für die Aufstockung der geleisteten Polizeistunden von 20 000 Stunden (die Initiative fordert deren 45 000) stellt indes einen verhältnismässigen «Status quo» zur heutigen Situation dar. Der Personalbestand wird lediglich um 16 Polizisten (gegenüber 40 der Initiative) erhöht. Die SD Stadt Bern ihrerseits erinnert an die seit Jahren herrschende Verwilderung der Gesellschaft. Der laufend zunehmenden Multikultur (Parallel-

gesellschaften) und dem Identitäts- und Wertezerfall sollte mitunter auch mit repressiven Mitteln entgegengetreten werden. Die einseitige Präventionsstrategie führte gemäss entsprechenden Statistiken nicht zum gewünschten Erfolg. Nach jedem Wochenende ist in den Tageszeitungen von mindestens einem Vergehen gegen Leib und Leben die Rede. Vor allem die ausgeübte Brutalität lässt die Einwohner Berns zu Opfern skrupelloser «Jäger» der Strasse werden. Stattdessen argumentiert die «progressive» Mehrheit mit einer Paragraphenakrobatik (Initiativtext gehöre nicht in die Gemeindeordnung!) und «Kosteneinsparungen» von 3,6 Mio. Franken, was verglichen mit der Zwängerei um das Tram Bern-West oder im Vergleich mit den gesamten Kultursubventionen ja nur ein Almosen ist!

*Stadtsektion Bern,  
Adrian Pulver, 1. Vizepräsident*

**Bundesbern verwöhnt Ausländer in der Schweiz und lässt Schweizer im Ausland im Stich**

Ein Schweizer gründet in den USA eine Existenz. Plötzlich wird er von Wirtschaftskriminellen und korrupter Polizei bedroht, diffamiert, ausgeplündert und in den Konkurs getrieben. Weder US-Instanzen noch Schweizer Diplomaten gewähren ihm Rechtsschutz. Gesundheitlich angeschlagen und bankrott muss er am Ende das Land verlassen. Diese beeidigte, wahre Erzählung pointiert die bizarre Rechtsunsicherheit für Ausländer in Amerika.

Harry Burger, «Im Schatten der US-Mafia» – 164 Seiten, www.bod.de – ISBN 9783833436765



**Kanton Thurgau**

## Karitative Heuchler!

Caritas in den Medien – es geht um den Spendenkuchen: Mit schönen Sprüchen sollen dem dummen Bürger heuchlerisch «Spendengelder» aus den Taschen gezogen werden... Caritas wolle die Zahl der Armen halbieren...! Für diese edle Absicht braucht es natürlich Geld und Steuerbatzeli; logisch! Welcher Unmensch – egal ob im Volke oder in den Redaktionsstuben, kann schon solch edlen Absichten Steine in den Weg legen? Erinnern wir uns an diverse Abstimmungen und an den Caritas-Direktor vor Hugo Fasel. Bei einer Einbürgerungsvorlage hatte der Vorgänger von Fasel in Pfarrblättern des Landes total einseitig für Öffnung und noch mehr Einwanderung und Einbürgerung plädiert. Natürlich gab es dabei keinen Gegen-Standard

punkt in besagten Pfarrblättern. Auf Anfrage erklärte der Präsident der Bischofskonferenz: Der Caritas-Direktor sei eine kirchliche Stimme und das genüge. Nun, da ich diesen Herrn auch privat kannte, schrieb ich dem Bischofsgremium, wenn dieser Caritas-Direktor eine kirchliche Stimme sei, sei ich seit der Geburt ein Heiliger... Eine Antwort ist nie gekommen – sicher ist nur, wer Mittellose in die Schweiz lotst, sollte auch für deren Versorgung verantwortlich sein, und wären diese Mittellosen nicht dank Öffnung gekommen, könnte Caritas sich auch nicht derart als die grosse Wohltäterin aufspielen – alles in allem, eine grosse Heuchelei, eine mehr als faule Geschichte!

*Willy Schmidhauser,  
Präsident SD Thurgau*

## SD-Beschwerde gutgeheissen!

Der Tamedia-Konzern, dem auch die «Thurgauer Zeitung», «Sonntagszeitung», «Landbote» und viele andere Presseerzeugnisse angehören, hat eine Abfuhr beim Schweizer Presserat eingefahren. Die Beschwerde von den SD TG und SD-Präsident Willy Schmidhauser wurde teilweise gutgeheissen. Der SD-Präsident wurde schweizweit, vorschnell und abgekartet als Droher gegen einen Redaktor der «Thurgauer Zeitung»

am 18. April 2009 betitelt. Die Abweisung der Klage der «Thurgauer Zeitung» erfolgte innert Tage durch die Staatsanwaltschaft des Kantons Thurgau. Diese wurde aber nie der Leserschaft weitergegeben. Sind das nicht feine Redaktoren und Journalisten?

Von anderen Schandtaten und Verleumdungen wollen wir gar nicht reden – wenn all diese Machenschaften die Bürger wüssten...

*SD Thurgau*

### Leserbriefe

## Amerikanische Unverschämtheit

Wir sind zwar ein reiches Land, haben aber eine schwache, gegenüber ausländischen Begehrlichkeiten willfährige Regierung. Kein Wunder, dass wir speziell von den USA immer wieder mit finanziellen Forderungen konfrontiert werden. Beispiele: 1998 erpressten die jüdischen Organisationen mit Hilfe hochrangiger amerikanischer Politiker 1.25 Milliarden Dollar von der UBS und der Crédit Suisse. Dass Bussen für Schweizer Banken in den USA Rekordhöhe erreichen, ist nicht weiter erstaunlich, schliesslich ist der Finanzplatz Schweiz ein unliebsamer Konkurrent des Finanzplatzes New York. Nachdem die US-Finanzindustrie (Lehman Brothers und Madoff) Schweizer Banken und Anleger um einen astronomisch hohen Betrag erleichtert hat, sollen unsere Grossbanken mittels einer US-Krisensteuer erneut geschröpft

werden. Mit dieser Steuer will Obama die Mittel wieder hereinholen, welche er zur Rettung der amerikanischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt hat. Ob unsere Grossbanken von den USA keinerlei Hilfe in Anspruch nahmen (und auch nicht erhalten hätten), spielt für Obama keine Rolle. Ist es nicht eine Frechheit, wenn ausgerechnet das Land, welches die weltweite Finanzkrise verursacht hat, auch unsere Banken für deren Folgen teilweise in die Pflicht nehmen will? Wenn wir uns nicht endlich wehren, bitten uns in Zukunft die USA immer wieder zur Kasse. Warum beschliessen wir nicht im Gegenzug eine Kompensationssteuer für die Filialen amerikanischer Unternehmen in der Schweiz und belasten US-Firmen mit demselben Betrag, den uns die Amerikaner abknöpfen?

*Otto Weiersmüller, Uetikon*

## Freispruch für CO<sub>2</sub>!

Viel Enttäuschung macht sich breit unter Politikern und Umweltorganisationen nach dem chaotischen Ende der Klimakonferenz. Ich teile die Enttäuschung auch, allerdings liegt sie darin begründet, dass ich nirgendwo über die Wissenschaftler informiert wurde, welche die ganze Erderwärmungsdebatte als einen grossen Schwindel bezeichnen. Bestätigt haben dies kürzlich Hacker, die das weltweit führende Klimaforschungszentrum «East Anglia» angegriffen haben. Die Daten wurden ins Internet gestellt, aus denen hervorgeht, dass der Klimawandel nicht auf echten Fakten beruht – mit anderen Worten, schlicht gelogen ist. So gesehen hätten wir uns diese vierzehntägigen Irreführungen

vom Klima-Gipfel ersparen können. Greenpeace hat gesagt, das Ganze sei eine «Szene des Verbrechens». Dem stimme ich zu, nur sehe ich das Verbrechen darin, dass wir derart von «unseren Volksvertretern» an der Nase herumgeführt werden. Wollten die Klimaretter nämlich wirklich die Umwelt schützen, würden sie sofort ein Ende aller Kriege beschliessen. Alleine die Uran-Munition, die auf dem Balkan, im Irak, in Gaza und in Afghanistan verschossen wurde, ist die grösste Umweltkatastrophe, mit der wir konfrontiert sind. Also lassen wir uns nicht mehr länger von diesem ganzen CO<sub>2</sub>-Schwindel einen Bären aufbinden.

*Martin Bracher, Blauen*

## Schweizer für die Zukunft!

Bei «Meinungsausserungen am Telefon» könnten wir jetzt Gelegenheit haben, uns in aller Höflichkeit witzig zu äussern über alles, was jetzt in dieser Form aus dem Bundeshaus kommt, aus Bern, das übrigens noch viel röter ist als die Schweizerfahne. Oder wir könnten die Frage stellen, wieso ein Pfarrer aus dem Welschland dazu kommt, sich in bündnerische Angelegenheiten einzumischen? Wir haben ja auch die Freiheit, anstelle von Verwaltungsrats-Sesselklebern fähige Köpfe (falls es diese noch gibt) ins Parlament zu wählen, das für die Wahl der Bundes-

räte zuständig ist. Vielleicht würden diese dann weniger von ehregeiz Frauenzimmern besetzt! Wir brauchen doch Schweizer für die Zukunft und nicht «Schweizerinnen des Jahres»!

Deshalb: wach auf, Stimmbürger, aus dem Wohlstandsschlaf, bevor du wieder – wie einst – in fremde Kriegsdienste ziehen darfst, um zum täglichen Brot zu kommen. Somalia konnte verhindert werden – aber es gibt immer noch «Schweizer», die nicht wissen, was direkte Demokratie bedeutet!

*Margrit Spiess, Clugin*

## Sprengstoff im Staub der WTC-Türme

### Das Jahrzehnt des islamistischen Terrors

In verschiedensten Berichten zum Jahrzehnt-Rückblick ist vom islamistischen Terror die Rede – angefangen mit dem 9/11 bis zum Weihnachtstag 2009. Der gescheiterte Anschlag auf das amerikanische Passagierflugzeug ist zurzeit Dauerbrenner in den Medien. Ich habe einfach den Verdacht, dass diese Anschläge dazu missbraucht werden, um unsere persönliche Freiheit immer drastischer einzuschränken. Die Einführung von Nacktskannern auf dem holländischen Flughafen Schiphol erhärtet meinen Verdacht, dass an der Errichtung eines diktatorisch geführten Überwachungsstaates gearbeitet wird. Das Schlimmste ist, dass wir Zeitungsleser einseitig informiert werden. Warum lese ich in den Zeitungen nichts darüber, dass Sprengstoffreste in den Staubproben vom Ground Zero nachgewie-

sen worden sind? Und zwar nicht irgendein Sprengstoff, sondern ein High-Tech-Sprengmittel namens Nanothermit, welches nur aus Militärbeständen stammen kann. Von offizieller Seite will man uns weismachen, die Al-Kaida sei dafür verantwortlich. Mir scheint, die Al-Kaida wird als Sündenbock hingestellt, um die wahren Drahtzieher hinter den Kulissen zu schützen. Pearl-Harbor lässt grüssen! Auch da kam der japanische Angriff wie gerufen und damit wurde das amerikanische Volk für den Eintritt in den Zweiten Weltkrieg gewonnen. Der damalige Präsident Roosevelt wusste offensichtlich zum Voraus vom Angriff und unternahm nichts! Die Geschichte wiederholt sich! Doch wir wollen jetzt aus dieser Geschichte lernen und lassen uns nicht länger hinter Licht führen!

*Martin Bracher, Blauen*

Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

**Redaktion**

Schweizer Demokrat  
Postfach 8116  
3001 Bern

**Redaktoren:**

Bernhard Hess, e. Nationalrat,  
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, e. Nationalrat/  
Landrat, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg, e. NR,  
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden

Markus Borner, e. Grossrat, Basel  
Friedrich Auf der Maur, Volketswil

## Auch in der Schweiz gibt es Armut!



Bernhard Hess,  
e. Nationalrat,  
SD-Geschäftsführer

Insgesamt sind bei der Glückskette per 25. Januar 2010 über 25,2 Millionen Franken Spendenzusagen für die notleidenden Menschen in Haiti eingegangen. Auch ich habe mich darüber gefreut, dass die Schweizer Bevölkerung so viel Geld für Menschen spendet hat, welche nach dem verheerenden Erdbeben unsägliches Leid und unbeschreibliche Not erleiden mussten.

Es freut mich, dass es hierzulande plötzlich so viele vermögende Menschen gibt, die bereit sind, auch für Menschen in Not, selbst

wenn diese am anderen Ende des Erdballs leben, namhafte Geldbeträge zu spenden. Doch wo bleibt die Solidarität mit Bedürftigen in unserem Land? Wo bleiben die Promis und Politiker, die keinen medienwirksamen Auftritt scheuen, um für die eigenen Landsleute einzutreten?

In der Schweiz sind laut Caritas eine Million Menschen von Armut betroffen. Laut Bund gilt in der Schweiz als arm, wer als Alleinstehender netto höchstens 2200 Franken, als alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern 3800 Franken und als Ehepaar mit zwei Kindern 4650 Franken verdient. Armut wird in unserem Land oft übersehen. Doch es gibt auch hierzulande immer mehr Rentnerinnen und Rentner, welche mit einer Minimal-AHV leben müssen.

Dazu gesellen sich die sogenannten «working poor», also Men-

schon, welche trotz regelmässigem Einkommen zu wenig Geld zum Leben haben. Auch wir auf dem SD-Zentralsekretariat beobachten, leider in letzter Zeit vermehrt, dass Gesinnungsfreunde (Ausgesteuerte, Pensionierte, aber auch Familienväter mit Arbeitseinkommen) das Jahresabonnement unserer Parteizeitung von Fr. 45.– nur noch mit Mühe bezahlen können. Sie alle ragen nicht aus der Menge, betteln nicht auf der Strasse und es gibt keine herzerweichenden Leidsbilder ihrer Kinder. **Und doch gibt es sie: die Armut, das persönliche Leid und die finanzielle Not in der Schweiz!**

Es ist anerkennenswert, dass viele Schweizerinnen und Schweizer für Menschen in armen Ländern spenden. Schön wäre es aber auch, wenn wir uns auch im eigenen Land mit dem eigenen Volk solidarisch zeigten!

**Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement**

**SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

## SD-Parolen vom 7. März 2010

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat am 23. Januar 2010 in Suhr/AG folgende Parolen für den Urnengang vom 7. März 2010 gefasst:

**Verfassungsartikel «Forschung am Menschen»:** Ja (grossmehrheitlich)

Bei den SD schien unbestritten, dass der neue Verfassungsartikel die längst fällige Grundlage dafür schafft, damit der Bund die For-

schung am Menschen einheitlich regeln kann.

**Tierschutzanwalt-Initiative:** Ja (einstimmig)

Für die SD hat das Wohl der Tiere einen hohen Stellenwert. Deshalb sollen die Kantone künftig verpflichtet werden, in Strafverfahren wegen Tierquälerei oder anderen Verstössen gegen das Tierschutzgesetz, sogenannte Tierschutzanwälte einzusetzen.

**Berufliche Vorsorge – Senkung des Umwandlungssatzes:** Nein (grossmehrheitlich bei einer Gegenstimme)

Nachdem die SD zusammen mit der Lega dei Ticinesi im letzten Jahr 15 000 Unterschriften gesammelt haben, liegt eine ablehnende Parole gegen den geplanten Pensionsabbau auf der Hand, da dieser unsozial und volkswirtschaftlich schädlich ist.

SD-Mediendienst



## So nicht, Toni!

bez. Die SVP-Delegierten hiessen am 23. Januar eine Resolution **«Für eine sichere und günstige Stromversorgung»** fast einstimmig gut. SVP-Nationalrat Hans Rutschmann (ja diese Ziele sind rutschig!) meinte u.a., dass bereits in wenigen Jahren – mangels Strom – «...in einer kalten Winternacht die Lichter ausgehen». Deshalb fordert die SVP (die doch angeblich gegen die übermässige Einwanderung ist) an den bisherigen AKW-Standorten die «alten» Werke durch **neue** zu ersetzen und dies möglichst rasch... Bescheidene Frage dazu: Ist Atomstrom wirklich **sicher und günstig?**



Wir fragen uns auch, ob die betroffene Bevölkerung dies auch so will und welche Gemeinden die radioaktiven Abfälle (freiwillig) übernehmen werden? Die SVP ist doch sonst immer für die **direkte Demokratie** (z.B. bei den Einbürgerungen in den Gemeinden!).

Geschätzte SVPlers, einfache Rezepte sind nicht immer die Besten! Unser Vorschlag fürs nächste Mal: Verlangt zu obiger, höchst umstrittenen Angelegenheit doch eine Abstimmung in den betroffenen Gemeinden! Dies wäre volksnah politisiert...

## Umwelt schützen!

heisst Masseneinwanderung, Übervölkerung und Verbetonierung der Landschaft stoppen!

**Schweizer Demokraten**



Liste **8**

und **Walter Wobmann** in den Stadtrat!

Schweizer Demokraten, Postfach 9103, 8036 Zürich, PC 80-13787-2